

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Einzelnummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Postgebühren. In den Abholstellen monatlich 20 Pf. Durch die Volkswacht vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Abbestellungspreis:

Die Spezialrate beträgt 25 Pf. für Abonnenten 30 Pf., die 2. Spezialrate beträgt 50 Pf. für Abonnenten 10 Pf. Einzelnummern mit Abbestellungspreis werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3200

Nr. 45

Danzig, Sonnabend den 10. November 1917

8. Jahrgang

## Etappen der Friedensbewegung

Vom Frieden war im Frühjahr und Sommer in den Zeitungen wohl täglich die Rede. Seitdem ist es stiller geworden; der drohende vierte Kriegswinter hat sich als unentzerrbares Gesicht wie tödender Mistau auf die Friedenshoffnungen der Völker gelegt. Der Friedenswille des deutschen Volkes ist deshalb nicht weniger stark als zu irgend einem früheren Zeitpunkt. Wenn die großen Siegesnachrichten aus Italien zu uns gelangen, fragt in der Bevölkerung der eine bei aller Freude über die deutschen Waffenfolge doch nur den anderen: werden sie dazu beitragen, das Kriegsende zu beschleunigen?

Die Friedenshoffnung ist durch viele Täuschungen und Enttäuschungen gegangen. Als im stürmischen Siegeslauf im September 1914 die deutschen Truppen auf Paris vorgingen, erhob zum erstenmal die sozialdemokratische Presse den Friedensruf. Damals schrieb der „Vorwärts“, Deutschland solle, nachdem es mit den Waffen gesiegt habe, nunmehr Frankreich einen ehrenvollen Ausgleichsfrieden antragen, der jederzeit auf der Grundlage des Bestehenden vor dem Kriege geschlossen werden könnte. Uns schien dieser Vorschlag damals sehr anständig und vernünftig, aber in der „Humanität“ wies ihn der alte Baillant als „Hochstgrad der Unverschämtheit“ zurück — einmütig und immer fester verbiß sich ganz Frankreich auf die Forderung nach Rückeroberung Elsaß-Lothringens.

Im Frühjahr 1915 verbreiteten dann Haase und seine Freunde das Gerücht, Deutschland hätte einen ehrenvollen Ausgleichsfrieden haben können, wenn es nur gewollt hätte; die englische Regierung habe unter der Hand dem früheren Unterstaatssekretär Drefshaus, einen bekannten Friedensfreund, nach Deutschland geschickt und bei der Regierung anfragen lassen, wie sie zu Friedensverhandlungen stünde; aber

das Auswärtige Amt in Berlin habe sich geweigert, den Mann auch nur zu empfangen. Nicht dem Märchen vom Botsdamer Kronrat vom 5. Juli 1914 in dem der Kaiser und die deutsche Militärpartei beschlossen haben sollten, den Weltkrieg zu entfesseln, ist die Drefshaus-Phantase ungefähr das Unsinnigste, was der Weltkrieg in Deutschland herorgebracht hat. Der angebliche Unterhändler selbst hat wiederholt erklärt, daß er keinerlei englischen Auftrag gehabt habe, sondern erst nach seinen Informationen in Deutschland habe versuchen wollen, jenseits des Kanals Fühlung zu gewinnen. Die englische Regierung, die doch wirklich nichts verabsäumt, um uns moralisch ins Unrecht zu setzen, hat niemals auch nur mit einer Silbe angedeutet, daß sie 1915 zu einer Verständigung bereit gewesen wäre, wenn nur Deutschland gewillt hätte.

Im Anschluß an die Drefshaus-Geschichte wurde der Glaube verbreitet, der Krieg gehe wegen der deutschen Eroberungsabsicht weiter; ein klarer Verzicht auf alle gewalttätigen Gebietserweiterungen würde den Frieden herbeiführen. Das zu einer Zeit, während welcher der Zar die Eroberung von Konstantinopel betrieb! Im Dezember 1916 bot aber Deutschland den Frieden an; die Antwort war Hohn und Schimpf. Man hat nachträglich herausgefunden, daß dieses Friedensangebot, das zur Zeit, als es erging, allgemein mit Genugtuung begrüßt wurde, sei doch in Form und Art noch nicht einwandfrei gewesen. Man hat es verbessert, erläutert, verdeutlicht. Man hat es verbunden mit klarem Verzicht auf alle gewalttätigen Gebietserweiterungen — an der schändlichen Abweisung durch die Entente änderte sich bisher nichts.

Andere hatten unter Hinweis auf die Reden feindlicher Staatsmänner gemeint, wenn Deutschland dem Militarismus

ablage und den Grundsatz des Zwangsschiedsgerichts, wie der Abstrüfung anerkenne, stünde der Weg zum Frieden offen. Aber kaum war dieser Anregung entsprochen, da erklärten die Feinde unsere Bereitschaft zu solchen Friedenssicherungen für „blöge Allgemeinplätze“ und „fromme Blattheiten“. Dann wieder ritten die Feinde auf dem demokratischen Prinzip herum und manche glaubten ihnen, wenn erst Deutschland eine verantwortliche Regierung hätte, die unter Mitwirkung des Reichstages gebildet sei, und nur mit seiner ausdrücklichen Zustimmung regiere, dann werde der Friede vor der Tür stehen. Wir wollen sehen, ob das endlich nun richtig ist.

Noch zahlreicher als diese Enttäuschungen der Friedensarbeit, die schließlich auch in Stockholm zu keinem Resultat führten, waren freilich die falschen Prophezeiungen derer, die Deutschlands engültigen Sieg mit den Waffen auf kurze Frist vorherzählten — sie haben sich die Wechselfrist immer wieder müssen verlängern lassen. Weder der Durchbruch durch Serbien, noch der russische Zusammenbruch, noch das Scheitern aller möglichen Offensiven der Feinde im Westen, noch die jüngsten italienischen Siege brachten den „Siegesfrieden“. Immer deutlicher tritt nämlich der Charakter dieses Weltkrieges als gigantischer Zweikampf zwischen Deutschland und England hervor. Erst wenn England sich überzeugt hat, daß die Niederringung Deutschlands unmöglich ist, so unmöglich wie die Niederringung Englands durch uns, erst dann wird Friede sein. Sollte aber diese Erkenntnis nicht auf beiden Seiten bald reif sein? Oder wie lange soll das Verbrechen noch weiter gehen?

## Der parlamentarische Kanzler

Die Entwicklung Innerdeutschlands, von der wir im Augenblick ein paar entscheidende Momente durchleben, vollzieht sich ohne großes Aufsehen nach außen hin. Das hat gute Gründe. Einmal feststellen die gewaltigen Schlachtereignisse in Italien einen großen Teil der öffentlichen Aufmerksamkeit, und dann liegt es überhaupt im Wesen schrittweiser Entwicklungsgänge, daß ihre Bedeutung während des Geschehens nur von einer Minderzahl voll erfaßt wird.

Auch im innerpolitischen Leben der Völker gibt es katastrophale Ereignisse, die den gewaltigsten Eindruck nach außen hin verbreiten. In der russischen Revolution haben wir erst ein solches erlebt. Damals konnte man sagen: gestern war das alte Rußland, heute fängt das neue an. Aber der Uebergang des alten bürokratischen zum neuen, parlamentarisch regierten Deutschland vollzieht sich schritt- und stufenweise, und wie bei jeder Entwicklung ist hier der genaue Augenblick des Uebergangs vom alten zum neuen nicht feststellbar. Damit fehlt das sensationelle Moment, das besondere Ereignis, das die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkt, und daraus erklärt sich wiederum, daß die Bedeutung des Geschehens zunächst von vielen nicht verstanden und unterschätzt wird.

Und doch bilden die Vorgänge, die sich um die Begründung der neuen Kanzlerschaft des Grafen Hertling abspielten, einen Wendepunkt in der innerpolitischen Geschichte Deutschlands, der für unsere gesamte Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus entscheidend sein kann. Wenn man auch heute noch nicht mit absoluter Sicherheit sagen kann: wir haben das parlamentarische System in Deutschland, so läßt sich doch mit Gewißheit feststellen, daß der größere Teil des Weges vom Obrigkeitstaat zum parlamentarisch regierten Lande in Deutschland nunmehr zurückgelegt ist.

Das wird erst völlig klar, wenn man rückwärtend die Wandlung betrachtet, die sich in wenig mehr als drei Monaten vollzogen hat. Herr von Bethmann Hollweg, obwohl in vielen Punkten moderner denkend als sein Nachfolger, sagte wohl die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen zu, aber irgendwelchen Konzessionen an den Parlamentarismus setzte er äußersten Widerstand entgegen. Er mußte gehen, aber das Mißtrauen des Parlaments war nicht die Ursache, sondern höchstens eine Ursache seines Sturzes. v. Bethmann verließ nicht ein Amt, weil das Parlament seinen Abgang verlangt hatte, sondern außerdem, weil das Parlament ihn nicht hielt, als andere Mächte seinen Abgang forderten.

Sein Nachfolger, Dr. Michaelis, gelangte noch ganz nach der Methode des alten Obrigkeitstaates in sein Amt, ohne daß

mit dem Parlament vorher Fühlung genommen wurde. Aber er mußte sich schon zu gewissen Konzessionen verstehen, weil die Natur der Sache ihn dazu zwang. Er versuchte einen Ausweg, indem er einzelne Ministerstellen mit Parlamentariern besetzte, die Herren Spahn, von Krause und Schiffer in ausschlaggebende Regierungsämter berief. Das genigte jedoch nicht, selbst in der Führung der auswärtigen Politik, die bisher das Blättchen Ruhm und Macht des Obrigkeitstaates gewesen war, mußte Dr. Michaelis dem Parlament einen nicht unerheblichen Einfluß zugestehen. Er berief die Siebenerkommission des Reichstages zur Mitarbeit an der Antwortnote auf das päpstliche Vermittlungsangebot. Und der Einfluß des Parlaments auf dieses weltgeschichtliche Dokument fand darin seinen sinnfälligen Ausdruck, daß die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli in dieser Note als auch für die Regierung verbindlich anerkannt wurde.

Herrn Dr. Michaelis' Abgang gestaltete sich wesentlich anders als der seines Vorgängers. Er mußte sein Amt verlassen, weil ihm die Mehrheit des Parlaments durch ihre Führer ihr Mißtrauen erklären ließ.

Die Ernennung seines Nachfolgers vollzog sich bereits in gänzlich geänderten Formen. Graf Hertling gehört zwar seit einigen Jahren dem Reichstag nicht mehr an, aber er ist nach seiner ganzen Vergangenheit Parlamentarier. Als Führer einer Partei, als Mitglied des Reichstages ist er zu öffentlichem Ansehen und öffentlicher Bedeutung gelangt. Doch das ist nicht das Entscheidende. Ausschlaggebend ist und bleibt, daß die Ernennung des Grafen Hertling stattfand auf Grund von Verhandlungen, die mit den Führern der Mehrheitsparteien stattgefunden haben. Die Mehrheitsparteien haben dem Reichskanzlerkandidaten ihr Programm vorgelegt, und erst, nachdem er sich auf dieses Programm verpflichtet hat, haben sie ihr Einverständnis mit seiner Ernennung ausgesprochen. Graf Hertling hat wiederum seine wichtigsten Mitarbeiter aus der Führerschaft dieser Parteien erwählt.

Man mag sich drehen und wenden wie man will, aber dies ist im wesentlichen das parlamentarische System. Vergeltens klammert sich die konservative „Kreuzzeitung“ an die Ausflucht, daß die Kanzlerkandidatur des Grafen Hertling unter „sachlichen und persönlichen Ausnahmeverhältnissen“ stehe. Als solche Ausnahmeverhältnisse führt das Blatt sogar die — Rückficht auf den körperlichen Zustand des Grafen an! — Nein, die Vorgänge bei der Ernennung des Grafen Hertling sind ein wichtiger Präzedenzfall, der nicht mehr ungeschehen gemacht werden kann. Die Ernennung des Grafen zum Reichskanzler

vollzieht sich im wesentlichen nach den Methoden des parlamentarischen Systems, und das wird bei allen folgenden Kanzlerschaften zu beachten sein. Das parlamentarisch regierte Deutschland ist nach diesen Ereignissen keine Phantastie und Theorie mehr, sondern es ist der Beweis geführt, daß dieses System auch bei uns möglich ist, ohne daß darüber der Staat zugrunde geht.

Für uns Sozialdemokraten liegt freilich kein Grund zu übermäßigem Jubel vor, denn es erfüllt sich jetzt, worauf wir schon vor Jahren hingewiesen haben, daß das parlamentarische System solange auch bis zu einem gewissen Grade gegen uns wirkt, als die Sozialdemokratie im Reichstag nicht über die absolute Mehrheit verfügt. Aber wir haben das parlamentarische System selbst zu der Zeit gefordert, als im Reichstag noch der schwarzblaue Block allmächtig war. Wir haben damals erklärt, daß es uns lieber wäre, wenn die Tassache der konservativ-kerikalen Herrschaft auch in der Person der leitenden Staatsmänner zum Ausdruck käme, als wenn sie durch ein politisch farbloses Beamtensministerium verschleiert würde.

Heute liegen freilich die Verhältnisse ungünstiger für uns. Die Sozialdemokratie gehört selber zu den Parteien, die im Reichstag die Mehrheit bilden. Sie hat es allerdings gleichwohl abgelehnt, in die neue Regierung einzutreten, nicht etwa, weil sie der neuen Regierung von vornherein Schwierigkeiten machen will. Sie wird diese vielmehr tatkräftig unterstützen, solange sie in energischer und sozialer Weise das Programm der Mehrheitsparteien durchführt. Dieses umfaßt namentlich die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, die Aufhebung der schlimmsten Fesseln des Koalitionsrechts, die Schaffung von Arbeitskammern und die Aufhebung der politischen Zensur.

Wenn die Sozialdemokratie den Eintritt in die Regierung ablehnt, so deshalb, weil heute noch eine gewisse Vorsicht geboten erscheint. Innerhalb der Mehrheitsparteien bildet die Sozialdemokratie ja selber nur eine Minderheit. Wenn auch über das praktische Aktionsprogramm der nächsten Zeit eine Einigung erzielt worden ist, so bestehen doch zwischen der Sozialdemokratie und den übrigen Parteien der Mehrheit tiefgehende Unterschiede in wichtigen Fragen der Grundanschauung, die es der Sozialdemokratie ratsam erscheinen lassen, sich eine gewisse Handlungsfreiheit vorzubehalten. Die Taktik unserer Partei ist nichts Neues, sie ist die gleiche, wie sie die dänische Bruderpartei nach dem großen Umschwung in Dänemark jahrelang gegenüber dem bürgerlich demokratischen Kabinett beobachtete.







# „Sozialdemokratie, Verständigungsfriede und Vaterlandspartei“

## Scheidemanns Rede in Elbing

Mit lautem Jubel begrüßten Elbinger Arbeiter und Bürger, als sie hörten, daß der populäre Führer der deutschen Sozialdemokratie Philipp Scheidemann sich bereit erklärt habe, in Elbing in öffentlicher Versammlung zu reden. Der Erfolg war für Scheidemann die große Genugung, daß er sich bei seiner unermüdbaren Arbeit für Volk und Frieden in voller Übereinstimmung mit der Elbinger Arbeiterschaft befindet; ein Erfolg, der gerade hier im Osten nicht hoch genug bewertet werden kann. Wir beglückwünschten unsere Elbinger Genossen zu diesem überaus wertvollen Ereignis, das für die zukünftige Politik der Elbinger Sozialdemokratie von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Die Versammlung, die am Sonntag, den 4. November, im Volkshaufe tagte, wuchs sich zu einer gewaltigen Demonstration aus.

Beide Säle des städtischen Volkshauses in der Holzstraße waren völlig überfüllt. Weit über 2500 Personen hatten darin Platz gefunden. Tausende mußten umkehren, weil sie nicht untergebracht werden konnten. Direktoren, leitende Beamte, Werkmeister der Schichau-Werke waren in größerer Zahl erschienen. Daneben stellte die Bürgerschaft zahlreiche Vertreter. Weit überwiegend waren aber die Elbinger Arbeiter angetreten. Auch eine größere Anzahl Feldgrauer war erschienen, deren Zulassung Genosse Scheidemann erst erwirken mußte.

Gleich nach 2 Uhr eröffnete Genosse Finsel die imposante Versammlung. Genosse Scheidemann führte in der Hauptsache folgendes aus:

Die deutsche Sozialdemokratie hat seit Beginn des Krieges für den Frieden gearbeitet. Die Sozialdemokratische Partei ist in hervorragender Weise eine Partei des Völkereinfühlens, weil ihre Aufgabe mit in erster Linie darin bestand, der Welt den Frieden zu sichern. Sowohl die deutsche Sozialdemokratie wie ihre Bruderparteien im Ausland haben jahrzehntelang diese Politik eingeschlagen. Die Sozialdemokratische Partei hat vor dem Kriege alle Forderungen für Militarismus und Marinismus abgelehnt. Das haben manche nicht recht in Einklang zu bringen gemocht mit der Forderung der Partei nach Ausbruch des Krieges. Ein Vorwurf ist deshalb jedoch absolut unbegründet. Ein Jubel ohnegleichen antwortete auf die Bewilligung der Kriegskredite im August 1914. Erst später als die Not kam, fragte mancher, ob es nicht anders hätte besser gemacht werden können. Weshalb lehnte die Sozialdemokratie im Frieden die Rüstungen ab? Sie sieht die Wurzel aller Uebel im

### Kapitalismus.

In diesem steckt etwas, — vergehen Sie den Ausdruck — Raubtierartiges. Es steckt etwas in ihm, das nach immer weiterer Ausdehnung, nach immer mehr Profit strebt. Als die zwei legitimen Kinder des Kapitalismus betrachten wir den

### Militarismus und Marinismus.

Beide haben wir bekämpfen müssen, umso mehr, da immer deutlicher in Erscheinung trat, daß diese beiden Kinder des Kapitalismus die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschwören. Das waren die drei Dinge, die wir bekämpfen, weil wir wußten, daß sie uns einer Katastrophe entgegenführen müssen, wenn es nicht gelingt, den Sozialismus in der Welt so zu stärken, daß die Sozialdemokratie in allen Ländern gleichzeitig ihre Stimme erheben können. Den Ausdehnungsdrang des Kapitalismus, der zuerst nur Kolonien erwarb und später auch Länder höherer Kultur unterwerfen will, nennen wir seit einer Reihe von Jahren Imperialismus. Wir sehen, wie der Imperialismus alle modernen Staaten ergriffen hat. Alle Staaten drängen nach weiterer Ausdehnung. Jeder einzelne Staat ist bestrebt, für sich selber ein Weltreich zu schaffen. Am deutlichsten tritt das in England hervor. Aus diesem Streben heraus, sich immer neues Land anzugliedern, L. onien zu erwerben, möglichst bereits in der Kultur hochstehendes Land anzugliedern, ist die größte Kriegsgefahr erwachsen. Die Entente-Länder sind darin am weitesten gegangen. Ich nehme den deutschen Imperialismus nicht in Schutz, aber wenn man prüft, was die übrigen Staaten an Ausdehnungsbestrebungen geübt haben und was in Deutschland demgegenüber geleistet worden ist, dann erscheint der deutsche Imperialismus

im Vergleich zum französischen, englischen und amerikanischen wie ein Waisenkind. Die sozialistischen Parteien der ganzen Welt waren sich im Grunde vollkommen einig im Kampfe gegen diesen Imperia-

lismus. Besonders herzlich war das Verhältnis zwischen den deutschen und französischen Sozialisten. Als die Meeresschlachten kamen, als man in Frankreich die Dienstzeit verlängern wollte, haben wir in Deutschland und Frankreich Flugblätter verbreitet — in beiden Sprachen gedruckt — um zu zeigen, wie einig die deutschen und französischen Arbeiter sind. In Paris sprachen wir, ich selber, für den Frieden, die Franzosen sprachen in Deutschland. Aus dieser gemeinsamen Aktion entsprang die feste Überzeugung: Ein Weltkrieg ist absolut unmöglich — wenn Deutschland und Frankreich sich einig gewesen wären. So war es unser Streben, diese beiden großen Kulturvölker zusammenzubringen. Wir brachten es soweit, daß wir im Jahre 1913 in Bern eine Zusammenkunft hatten, an der deutsche und französische Sozialisten teilnahmen. Diese Verständigungskonferenz, an der auch Bebel und Jaures teilnahmen, diente dem Zweck, die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich immer enger zu gestalten. Wir gingen nach der Konferenz mit der Überzeugung auseinander, ein gutes Werk vollbracht zu haben. In einer späteren

### Zusammenkunft in Basel

waren neben den Franzosen und Deutschen noch Sozialisten aus anderen Ländern erschienen. Dort waren auch schon Vertreter bürgerlicher Parteien erschienen. Aus Frankreich die Radikalen. Und aus Deutschland Reichstagsabgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei, des Zentrums und sogar auch einzelne Nationalliberale. Besonders wichtig aber noch zu wenig bekannt ist, daß diese vorher bei der deutschen Regierung angefragt und dem Bescheid erhalten hatten, daß ihr die Beteiligung erwünscht sei! Dieser Umstand sei allgemein für Beurteilung der Friedenshaltung der Reichsregierung sehr wesentlich. Wir waren nach dieser Konferenz kaum zuhause, als die Gegenstände sich zuspitzten, bis die Schreckensstunde von Serajewo kam.

Weil wir diesen Kampf gegen den Militarismus geführt haben, hat man uns als eine Partei der Vaterlandslosen und Vaterlandsverräter verleumdet. Was wir gewollt haben, rechtfertigt in keiner Weise diesen Vorwurf. Wie kann man einer Partei einen solchen Vorwurf machen, die das meiste ausgreifendste Verteidigungsprogramm besitzt? In unserem Parteiprogramm steht die Erziehung des ganzen Volkes zur Wehrhaftigkeit, damit im Augenblick der Not das ganze Volk auf die Beine gebracht werden kann, um einen eventuell ausbrechenden Krieg so schnell als möglich wieder beenden zu können. Was Sie jetzt sehen, ist die Wirkung dessen, was wir immer verkündet haben. Was sind das für Truppen, die uns jetzt am Jongo verteidigen? Das sind Volksheere! (Starker Beifall und Handklopfen.) Es war sehr unrichtig, die Millionärspartei der deutschen Sozialdemokratie der Vaterlandslosigkeit zu beschuldigen. Der Vorwurf mußte ja geradezu als Anregung, über das deshalb für wehrlose gehaltene Deutschland heraufzulaufen, wirken. So dumme handelten aber viele Leute und manche sind auf dem besten Wege, es wieder so zu machen. (Beifall.)

Als der Krieg ausbrach, entschlossen wir uns, zu tun, was wir getan haben, weil wir der Überzeugung sind, daß eine wahrhafte Volkspartei in der Stunde der größten Not nicht beiseite stehen konnte. Ist der Krieg ausgebrochen, so gilt es Schlimmeres, die

### Niederlage des eigenen Landes durch keine Verteidigung zu verhüten.

Die Frage, ob Deutschland noch am Jongo verteidigt wird, beweist, daß die Leute, die so reden, nicht über ihre Nase hinwegsehen können. Ostpreußen wird auch am Jongo verteidigt, genau so wie Deutschland bei der Betreibung Ostpreußens verteidigt wurde! Sie haben hier den Krieg aus nächster Nähe kennen gelernt. Das war aber nur ein Teil des Furchtbaren, das er wirklich bedeutet. Bereits am 4. August 1914 erklärte die Sozialdemokratie, daß in dem Augenblick der Krieg ausbrechen müsse, was das Ziel der Sicherung erreicht und der Gegner zu einem Frieden auf entsprechender Grundlage geneigt sei. Das haben wir auch am 2. Dezember des gleichen Jahres wiederholt und bei jeder Gelegenheit von neuem erklärt. Leider muß gesagt werden, daß auch die Sozialisten des feindlichen Auslandes nicht erkannten, was wir wollten, daß auch sie in das Horn der Wölfe Georges und der Asquiths bliesen, denen unsere Erklärung so freundlich in die Ohren klang. „Wom Frieden reden, heißt das nicht, um Frieden bitten“, so schall es aus sozialistischen Reden in Frankreich herüber. Wir haben an unserer Überzeugung festgehalten. Immer von neuem haben wir Verbindung gesucht mit unseren Freunden in der ganzen Welt. Es hat nichts genützt. Wir haben die Friedenspropaganda in Deutschland fortgesetzt.

Vor dem Kriege haben, besonders in Frankreich Hervé und Bailant, den Militärstreik geordert, den wir stets ablehnten. Bailant starb zu Beginn des Krieges. Hervé aber wurde der mündigste Kriegstreiber. So hat es sich im Leben stets gezeigt, daß die Extremisten von rechts und links die Unzuverlässigsten sind.

Hätten wir sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten die Kriegskredite abgelehnt, dann hätten die sozialdemokratischen Arbeiter

versagt. Dann hätte es keine deutschen Siege und auch keine russische Revolution als ihre Folge gegeben. Dann hätte Nikolaus II. noch heute auf dem Thron der Zaren. Unsere Friedensforderungen wurden leider auch von den französischen Sozialisten nur als Zeugnis der Schwäche angesehen. Was unsere Truppen für uns tun, ist so groß und gewaltig, daß wir ihnen gar nicht genug danken können durch die Versicherung: Verlaßt euch darauf, alles, was wir tun können, um das fürchterliche Verbrechen abzuführen, wird geschehen! (Stürmischer Beifall.)

Je mehr wir auf unserem Friedens-Standpunkt beharrten, je deutlicher wir sprachen, umso mehr regten sich die

### Annexionisten

auf und ihre Forderungen wurden immer verrückter. Ich erinnere Sie nur an die Forderungen der sechs Wirtschaftszweige. Wir haben dagegen protestiert und haben unsere warnende Stimme dagegen erhoben. Wir haben auf die feindlichen Regierungen hingewiesen, denen es angenehm sein muß, wenn sie zur

### Aufspaltung der Kriegseindlichkeit

sagen können: Seht, was für Forderungen in Deutschland aufgestellt werden! Das hat nichts genützt! Die Annexionisten schwächen und schimpfen bis auf den heutigen Tag. Wir sehen, wie die Kriegstreiber in beiden Lagern sich gegenseitig in die Hände arbeiten, ohne es selbst zu wissen. Das ist eine Politik der Torheit.

Die ganze Unmenschlichkeit der Heerei, als könnten wir die halbe Welt erobern, läßt sich gar nicht darstellen.

Der englische Handelsminister Runciman erklärte, daß noch dem Krieg der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland fortgesetzt werden müsse. Deutschland dürfe die Stellung auf dem Weltmarkt nach dem Kriege nicht mehr einnehmen. Was er sagte, deckt sich auch mit den Beschlüssen der sogenannten Pariser Wirtschaftskonferenz.

Hier appelliere ich an alle jene, die da wissen, was bei Verwirklichung eines solchen Programms der Vernichtung des deutschen Handels mit 25 Milliarden Mark Jahresumsatz für die deutsche Arbeiterschaft auf dem Spiele stünde! Das würde eine Jahrzehnte lange Niedermordung der deutschen Industrie und des deutschen Handels bedeuten. Gedenke es, so würden Millionen deutscher Arbeiter auf der Straße liegen, und Deutschland wäre das Bettelvolk Europas. Daran liegt das besondere Interesse der deutschen Arbeiterschaft, daß Deutschland keine Niederlage erleide. Es hieße das Kriegsgeld auf unabsehbare Zeit verewigen, wenn jene Überwucherungspläne durchgeführt werden könnten. Wir wissen, daß die Regierungen sich in eine Sadgasse verrennen haben. Daher ist es die Aufgabe einer wirklichen Volkspartei, die Völker selbst in Bewegung zu bringen, den Friedensgedanken in allen Ländern zu fördern. Die Franzosen riskieren bei Fortsetzung des Krieges, daß sie sich verbluten. Sie sehen ihn fort, weil das französische Volk nicht weiß, daß dieser Krieg beendet werden könnte, ohne daß Frankreich vernichtet werden soll. Dazu ist die Arbeiterschaft des Auslandes viel zu wenig durch die sozialistische Presse aufgeklärt. In Frankreich gibt es nur 4-5 sozialistische Zeitungen, in England überhaupt keine. Die Aufspaltung kriegerischer Leidenschaften versteht die ausländische Kriegspresse aber noch besser als die „Deutsche Vaterlandspartei“.

### Die deutsche Arbeiterschaft hat den Stockholmer Gedanken

mit Begeisterung aufgenommen. Auch da neue Enttäuschungen. Als sich die französischen und englischen Sozialisten unter gewissen Voraussetzungen für die Teilnahme an Stockholm erklärten, da verweigerten ihnen ihre Regierungen die Pässe. Das ist ein Zeugnis dafür, wie erbärmlich eine Demokratie sein kann! Wir kämpfen für eine wahrhafte Demokratie! Für eine Demokratie, die den Feinden, die für den Frieden eintreten, nicht erlaubt, über die Grenze zu fahren, bedanken wir uns. Sie kann uns bei unserer Arbeit für die deutsche Demokratisierung kein Vorbild sein! Die Demokratisierung, die wir erstreben, hat nichts gemein mit der Adonafik-Demokratie Frankreichs. Als Macdonald aus England nach Stockholm fahren wollte, weigerten sich organisierte englische Seelen, ihn dorthin zu bringen. Ich gebe trauernd die Hoffnung nicht auf, daß die Konferenz in Stockholm doch noch stattfindet, wenn das Elend auch in England und Frankreich noch zunimmt.

Im eigenen Lande müssen wir immer wieder erklären, daß wir einen Verständigungsfrieden wollen.

wenn die Gegner zu einem solchen bereit sind. Nach den Annexionisten soll die Reichstagsmehrheit einen „Versicherungsfrieden“, einen „Schmachfrieden“, einen Hungerfrieden beschließen haben. Meine Partei und besonders ich persönlich sind heftig wegen der Forderung des Verständigungsfriedens angegriffen, verleumdet und beschimpft worden. Ich sage mir stets, die Leute werden schon noch einsehen,

## Der Springbrunnen

Laufend glühende Sonnen,  
Die zu leuchtendem Strahl  
In einander versponnen,  
Gleiten zu Berg und zu Tal . . .

Laufend leuchtende Blüten  
Fallen hinab in ihr Beil:  
Ob sie in Rache erglühn,  
Werden sie niebergeweht . . .

Laufend Wänsche enthauchen  
Fliehende Blüten ins All:  
Laufend Enttäuschungen tauchen  
Nieder im tödlichen Fall . . .

Richard Rief.

## Im Kabarett

Von einem kleinen Scheinwerfer grellrot beleuchtet sah Uffe Harms am Klavier und spielte den „Feuerzauber“, das letzte Stück ihres Potpourris.

Sie war heute nicht in Stimmung und fühlte deutlich, wie matt ihr Vortrag wirkte. Der Raum war des schwülen Abends wegen nur mäßig besetzt, das drückte immer auf sie, daß die ungewöhnliche Junihitze — und gegessen hatte sie auch nicht mehr richtig seit zwei Tagen. Der Krieg beschneit alle Einnahmen und damit auch die ihren empfindlich . . . Nun, mit dem „Feuerzauber“ war ihre Nummer gottlob zu Ende, und wie ein müdes Pferd seine Kräfte anspannt, wenn es den Stall wittert, so raffte sie sich jetzt auf, um wenigstens den Abgang zu retten.

Der Beifall war denn auch ziemlich lebhaft, aber wäh-

rend Uffe vom Podium herunterstieg, hörte sie einen Herrn zu seinem Nachbarn sagen: „Das, wenn Wagner geahnt hätte! . . . Ja nun, die schönen Zeiten des Ueberbrettels sind dahin, wo junge Talente begeistert ihr Bestes gaben. Jetzt betreibt man die Sache als Abkühlung für Spießbürger.“ Er stützte unter einem verweisenden Blick des andern, der flüsternd tadelte: „Sie muß dich ja hören.“

„Wag sie!“ brummte der strenge Kritiker, dann verfiel das Stimmengemurmel das Weitere.

Uffe Harms setzte sich an ein leeres Tischchen und bestellte ein Glas Limonade. — Zu einem Abendbrot, und war's nur zu einem Italien, reichte es heute nicht mehr . . . Ja, wenn sie um zehn, zwölf Jahre jünger wäre — in den Zwanzigern wie diese Oly Lübbe, ihre Kollegin, die jetzt vom Podium herab ihre vaterländischen Lieder ins Publikum schmetterte: selbstbewußt, geschmacklos — laut und unmusikalisch obendrein —! Die war jung, leichtfertig und elastisch, noch nicht mürrisch geworden in der Tretmühle, und konnte die Verminderung ihrer Sage verschmerzen; fanden sich doch jeden Abend Herren, die sie zu Essen und Sekt luden . . . die ihre Kleiderrechnungen bezahlten.

Uffe Harms seufzte verstohlen, betupfte mit dem Taschentuch behutend die geschwimten Lippen und sog durch einen Rohrstamm an ihrer Limonade.

Wie köstlich der kühle Trank die ausgedörrte Kehle hinabrannt! . . . Aber wenn der Durst halbwegs gestillt war, meldete sich der leere Magen doppelt dringlich . . . und dabei den schmerzhaften Keulen zusehen zu müssen, das war eine Marter — fast so qualvoll wie die gönne-gaste Herablassung, mit der die Lübbe sich jetzt gleich an ihren Tisch setzen würde.

Ah, da kam sie schon mit ihrem unausstehlich selbstgefälligen Lächeln, von lautem Beifall umrauscht, nicht ihr zu, ließ sich ihr gegenüber mit einer Miene nieder, als wolle sie sagen: Du gibst eine gute Fresse für mich ab und blickte herausfordernd nach allen Seiten.

Die Kolleginnen wechselten einige Worte, da erschien auch

schon der alte Graf, der ausdauerndste Verehrer der feurigen Oly, um sie in seine Nische hinüber zu hofen.

Uffe Harms sah wieder allem vor ihrer Limonade und beschloß eben, bis zu ihrem zweiten Auftreten ins Freie hinauszugehen, da stand plötzlich der Herr, der vorhin dem andern abgewinkt hatte, neben ihr und sagte in gewinnendem Ton: „Mein Freund hat mich schnöde verlassen, wollten Sie mir vielleicht etwas Gesellschaft leisten?“

Uffe Harms sah erstaunt, fast feindselig auf . . . Machte man sich mit ihr einen Scherz? — sie war lange nicht mehr zu Tisch aufgefordert worden . . . seit dem vorletzten Winter nicht mehr . . . aber schon der erste Blick in dies hübsche offene Männergesicht verdrängte ihr Mißtrauen.

Sie werden an mir nicht viel Freude erleben!“ gab sie leise zurück, während sie aufstand und konnte es sich dabei nicht versagen, in die Grafen-Nische hinüber zu schauen, aus der Oly fast neidvoll hervorlachte.

„Und warum nicht? Sind Sie müde?“ kam es zurück . . . „es wäre freilich kein Wunder bei dieser Schwüle“ . . .

„Ja, ich bin müde!“ — Sie erschrak vor dem trostlosen Ton ihrer Stimme, während es sie blitzschnell durchdruckte: So mußst du ihn ja abstoßen . . . Dann sagte sie mit schwachen Lächeln: „Aber es wird vorübergehen, und außerdem,“ fügte sie fast verschämt hinzu, „bin ich heute unzufrieden mit meinem Spiel . . . Sie dürfen nicht glauben, daß ich immer so“ . . .

Er versuchte eine höfliche Abwehr . . .

„Nein, nein, sagen Sie nichts! Ich hab es vorher schon gehört, wie Ihr Freund urteilte und auch, daß Sie mich schonen wollten . . . Er hatte ganz recht . . . aber man ist eben nicht alle Tage gleich . . . und es gibt Umstände“ . . .

„Ja, das weiß ich von mir!“ lenkte ihr Partner ab . . . „ich kenne diese unberechenbaren Stimmungen genau, von denen gerade wir Künstler abhängig sind wie kein anderer Beruf.“

„Sind Sie Vater?“ war Uffe dazwischen.



mit Erfolg angestrebt hat. Allerdings ist jetzt in Danzig die Sozialdemokratie auch ins Ministerium eingetreten. Für die Arbeitermassen sind die Vorgänge bei der Ernennung Hertlings eine wichtige politische Lehre: Sie zeigen, daß das parlamentarische System der Reichsregierung nicht nur die Macht, wohl aber die Möglichkeit zur Macht gibt. Es bringt eben diejenigen Parteien an die Regierung, welche die Mehrheit des Reichstages hinter sich haben. Und das mag der Arbeiterklasse ein neues Ansporn sein, bei den nächsten Reichstagswahlen dahin zu wirken, daß der Sozialdemokratie die absolute Mehrheit der Reichstagsabgeordneten zuteil kommt.

Somit bringt das parlamentarische System hauptsächlich die sogenannten Mittelparteien an die Regierung. Aber aus dem Umstand, daß nicht wir es sind, denen die ersten Früchte dieser Regierung in den Schoß fallen, dürfen wir uns nicht verblüffen. Für die Größe und die Bedeutung der Aufgabe, die uns gestellt ist, ist es nicht die Form der parlamentarischen Regierung in Deutschland ausschlaggebend. Die Aufgabe, die sich innerhalb dreier Monate zu lösen hat, hat den Parteiunterschieden, an dem noch eine Rücksicht zum alten Obrigkeitsstaat möglich ist.

Wichtig ist weiter und wichtiger ist als das deutsche Volk. Darin liegt die Regierung und alle beteiligten Faktoren eine Ermüdung, auf dem betrübten Wege fortzuschreiten. Gefährdet werden kann die Zukunft der deutschen Nation nur durch den Mangel an innerer Einigkeit und durch die ungleiche Verteilung der Kräfte. Aber ein klarer und fester Wille verleiht der Nation die Kraft zu unerschütterlichem Widerstand. Und dies ist eine wertvolle Erfahrung der letzten Tage, deren fruchtbringende Anwendung auf Politik der neuen Regierung dem Volk nur zum Nutzen gereichen kann.

# Kriegsnachrichten

## Die englischen Oktober-Verluste

M. T. B. Krieger, 5. November. „Kriegsposten“ veröffentlicht ein Sonderprogramm aus London, wonach die britischen Verluste im Oktober betrugen: 1200 Offiziere, 4247 verwundete, 10 914 Mannschaften, 60 284 verwundet, 350 Offiziere und 4508 Mannschaften (darunter infolge der Wunden). Außerdem wurden 282 Offiziere und 4365 Mannschaften vermisst.

## Gewaltiger Rückgang der englischen Einfuhr

Nichts kann besser die Wirksamkeit des U-Boottkrieges und den Einfluß auf die englische Volkswirtschaft erhellen, als die jetzt vom Board of Trade, dem englischen Schifffahrtsamt, herausgegebene Zusammenstellung über die Einfuhr einiger Warenmengen nach dem Vereinigten Inselreich während des Monats September und der Vergleich mit denselben Zahlen des Vorjahres. Dieser zeigt uns auf das deutlichste, daß trotz des zahlenmäßigen, durch die Verminderung des Schiffsraumes verursachten Rückganges an Versendungen der U-Boottkrieg einen äußerst empfindlichen Einfluß auf die englischen Einfuhrziffern gehabt hat, und wie schwer England die Wirkungen des U-Boottkrieges empfinden muß.

Die Wertverminderung der Einfuhr betrug im September 1917 gegen den gleichen Monat des Vorjahres:

1 Fleisch	2 819 000	Pfund Sterling
2 raffinierte Lebensmittel	1 719 000	
3 raffinierte Lebensmittel	1 023 000	
4 Tabak	670 000	
5 Holz	987 000	
6 Wolle	775 000	
7 Baumwolle	344 000	
8 Eisen	1 203 000	
9 Papier	336 000	
10 Seide	139 000	

Allein an diesen vorstehenden 10 Warengruppen hat sich die Einfuhr unter dem Druck des U-Boottkrieges um 10 145 000 Pfund Sterling = 203 Millionen Mark vermindert.

Was diese Zahlen für ein fast ausschließlich auf die Einfuhr angewiesenes Land wie England bedeuten, dürfte ohne weiteres klar sein.

## Wilson's Imperialismus

Herr von Kist, der eine sehr geschätzte Stellung im holländischen Handelsleben einnimmt, ist zugleich Präsident des niederländischen Uebersee-Verbands, eines Instituts, das von holländischen Kaufleuten und der englischen Regierung eingerichtet wurde, um den Außenhandel der Niederlande zu regeln. Er veröffentlichte kürzlich ein Schreiben an Wilson, das unter einer vollkommen höflichen Form eine blutige Satire und sehr deutliche Anklagen gegen das englische Doppelspiel enthält. Deutlich ist der Brüller „Revue Internationale“, vom 27. Oktober eine Erklärung eines hohen holländischen Politikers zugegangen, der nicht nur England, sondern auch Wilson anklagt. Der Holländer sagt:

„Das von England getriebene Spiel gegen den Papst, gegen die sozialdemokratische Internationale und gegen die Bestrebungen der Völker ist vielleicht das verbrecherischste in seiner ganzen Geschichte. Aber es gibt ein anderes Spiel, das noch verbrecherischer ist, nämlich das von Wilson. England setzt diesen unheilvollen Krieg aus selbstsüchtigen Beweggründen fort. Belgien, Serbien, Montenegro, Rumänien und Rußland sind bereits aufgeopfert. Italien vielleicht schon morgen. Was Frankreich anbetrifft, so muß man es nach seinen Verlusten an Kapital, Menschen und nationaler Kraft beurteilen.“

Aber England kämpft wenigstens für etwas, das es seit mehr als hundert Jahren für sein eigenes Gut hält: Die Welt Herrschaft. Wofür aber kämpft Wilson? Für die Interessen von Wall Street (amerikanische Börse in New York). Dieser Krieg wird schließlich immer mehr zu einem Kampfe der abscheulichen Vereinigung der angloamerikanischen Finanzinteressen gegen Europa.“

## Kriegsbege in Brasilien

M. T. B. Rio de Janeiro, 5. November. (Ag. Havas.) Es fanden heftige Volkskundgebungen gegen deutsche Handelshäuser statt. Bedeutender Sachschaden wurde angerichtet.

# Politische Wochenschau

## Friedensarbeit

### Internationaler Sozialismus und Kriegsbauer

Die „Dokumente der völkerrrechtlichen Entwicklung“, die als Anlage der bekannten Zeitschrift „Dokumente des Fortschritts“ in Bern erscheinen, veröffentlichen eine Anzahl Antworten auf eine Anfrage über die Kriegsbauer. Wir teilen folgende Äußerung eines Vaters Freude mit, der nach Mitteilung der „Dokumente“ an der Heiligkreuz-Kirche in Berlin amtiert. Er sagt:

Ich erwarte vom Sieg des internationalen Sozialismus über allen Nationalismus und Kapitalismus die Beendigung des gegenwärtigen Massenmordes noch im Herbst dieses Jahres; und ich begrüße die damit auftauchende Möglichkeit mit heiligem Herzen, weil ihre Verwirklichung am ehesten den Idealen des Christentums entsprechen würde.“

Diese Antwort bleibt beachtenswert, auch wenn der Herbst dieses Jahres die Hoffnung über das Ende des Massenmordes nicht erfüllen wird.

### Deutsches Angebot an Frankreich?

London, 6. November. „Central News“ melden: Im Unterhaus ist an Valfour die Frage gestellt, ob die Regierung Mitteilung über das Angebot machen könne, das Deutschland durch Vermittlung von Bryan an Frankreich gerichtet habe. Valfour erwiderte, er erwarte es nicht für erwünscht, eine Frage zu beantworten, die eine Angelegenheit betreffe, die man jetzt in einer geheimen Sitzung des Parlaments eines Bundesgenossen verhandelt sei.

## Deutschland

### Deutschlands Parlamentarisierung

Es ist bekannt, wie sich die bürgerliche Presse mit der durch die Kanzlerschaft Hertlings und ihre Vorbereitung in nicht geringem Umfang durchgeführten Parlamentarisierung Deutschlands abfindet. Das führende Berliner Organ des Zentrums, die „Germania“, erklärt sogar, die Kanzlerschaft Hertlings bedeute die „Wendung zur Demokratie“. Sie begründet dies Meinung:

„Die Zeiten sind endgültig vorüber, in denen die Politik allein von oben bestimmt wurde, in denen das Vertrauen des Herrschers zur Beratung und zur Sicherstellung der ersten Staatsbedürfnisse reichte. Nur die Harmonie zwischen Staat und Volk kann in Zukunft dem Vaterland Bestand und Fortschritt sichern. Deshalb hat Graf Hertling bei seiner Berufung auch noch unter ihm sorgfältig Umfragen gehalten und, als er die Sammlung für sich genügend günstig sah, mit Überwachen übernommen und doch wieder in parlamentarischen Geist eine Anzahl Parlamentarier zu Staatssekretären und Ministerien berufen. Die Zahl dieser Männer, soweit sie jetzt bekannt sind, beweist vor allem das eine, daß Graf Hertling nichts leichter anstellt, als eine Teilnahme an Verantwortung der verschiedenen Parteien an der Regierung, als eine größtmögliche Einheit und Harmonie zwischen Kaiser, Regierung und Volk. Und das ist, was wir, was wir es anerkennen und ganz besonders jetzt im Weltkrieg. So ist die „Demokratie“, mit der die Völker zu begreifen wollten, aber eine viel größere, über Nacht zur Tatsache geworden. Und diesen Fortschritt werden die Deutschen insgesamt zu schätzen wissen und zu

dem großzügigen Mann, der ihr Kanzler geworden, auch großzügig zu arbeiten suchen.“

Noch beweiskräftiger für den Umschwung dieser Tage ist der Umsturz der „vaterländischen“ Presse. Die „Kreuzzeitung“ ist gar arg verstimmt, weil Hertling, obwohl er auch preussischer Ministerpräsident wurde, die Meinung der führenden Leute des preussischen Dreiklassenhauses nicht eingeholt hat. Grundtätig befindet sich also auch dieses Blatt bereits auf dem Sündenpfad der Parlamentarisierung. Es erregt sich daher:

„Das muß doch gesagt werden, daß es in preussischen Abgeordnetenkreisen Fremden hervorgerufen hat, daß Graf Hertling, wenn er es einmal für nötig hielt, vor Ueberrumpfung des Kanzleramtes mit den Reichstagsabgeordneten engste Fühlung zu nehmen, sich über die Ansichten und Stimmungen der preussischen Volksvertreter glatt hinwegsetzen zu können glaubte, als die Ueberrumpfung des preussischen Ministerpräsidenten an ihn herantrat. Schließlich verzeichnen wir es als Symptom, daß die Stimmung der Sozialdemokratie zur neuen Reichstagswahl von Tag zu Tag wärmer zu werden scheint.“

Die absolute „vaterländische“, „Berliner neuesten Nachr.“ sind so sehr entrüstet, daß sie von den bekannten Sorgen über den Kaiser geplagt werden. Ahnungslos! — warnen sie:

„Außer schweren Sorgen um die Zukunft des Reiches erfüllt uns stetes Bedauern darüber, daß sich in der Umgebung des Kaisers niemand gefunden hat, der seinen ganzen Einfluß aufzubieten hätte, um zu verhindern, daß die Krise durch die Ernennung des Grafen Hertling und um den Preis der Parlamentarisierung der Reichsregierung, mit dem Preis der Anerkennung der Abhängigkeit von Krone und Regierung von einer Reichstagsmehrheit gelöst wurde.“

Der gefinnungsähnliche „Vossische Zeitung“ stöhnt: „Die die Kanzlernennung hat der Welt ein Schauspiel gegeben, wie es bisher in Deutschland zu den Unmöglichkeiten gerechnet wurde. Zum erstenmal in unserer innerpolitischen Geschichte ist ein Kanzlerwechsel durch die Initiative des Volksvertreters herbeigeführt worden.“

Der „Deutsche Kurier“, der zwar nationalliberal zu sein behauptet, aber stets mit den Alldeutschen durch dick und dünn gegangen ist, stellt wehmütig fest:

„Graf Hertling empfängt kein neues Amt tatsächlich aus den Händen des Reichstages, nicht aus denen der Krone. Empfangt es unter Bedingungen und Einschränkungen, die ihn völlig abhängig machen von der Parlamentsmehrheit, die ihm jedes eigene Recht der Entscheidung nehmen und über ihn eine Art von Parlamentsaufsicht etablieren wird, die seine Schritte beaufsichtigt und lenkt und aufpassen hat, daß er nicht Seitenstöße unternimmt, die dort nicht gehen.“ Graf Hertlings Kanzlerschaft bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als die frische Durchsetzung des Parlamentarismus im Reich und in Preußen.“

Das Königsberger „Welt“, das ganz auf dem „vaterländischen“ Standpunkt des „Deutschen Kurier“ steht, bläst nun nach der Vollendung der glänzend durchgeführten parlamentarischen Aktion der Reichstagsmehrheit auf dem Wege der Demokratisierung sehr ergötzt — sich selbst „zur Ruhe!“

Der „Vorwärts“ befähigte am Sonnabend den Uebergang zu dem neuen System wie folgt:

„Die Krise, die mit der Ernennung des Grafen Hertling abgeklungen ist, war keineswegs ein Zufall, weil es sich bei ihr nicht um einen Personalwechsel, sondern um den Uebergang zu einem neuen System handelte. Sie ist in der That aller Verhältnisse Überwindung, und nicht leicht zu überwinden. Ihr Verlauf, der weder die Demokratie noch auf dem Wege zu einer neuen demokratischen Verfassung unsere Aufgabe, daß kein Volk zu demokratischem

## Die deutsche Tageszeitung

bewegt:

Der Kanzler hat offenbar ein Programm festgelegt, das die Haltung der Mehrheitsparteien hat, und ist getragen von der Mehrheit. In die Reichstagsarbeit wird eine Reihe von Vertretern einzelner Parteien kommen. „Was will man also mehr?“ Ein Frauensmann der Mehrheitsparteien wird schon angeblich in parlamentarische Arbeit ist fertig, obgleich sein Gewand noch nicht ganz der Uniform der parlamentarischen regierten Staaten entspricht.

Die siebenbürgische „vaterländische“, „Deutsche Zeitung“ gibt ganz und gar, daß auch Hertling immer noch von der Krone bestellt worden ist. Daher klagt sie an:

„Sie haben es erreicht, die Geschäftsminister der internationalen Richtungen in unserem Volk: der sechste Reichstagskanzler ist ihr. Wackelhaftigkeiten zum Opfer gefallen und hat einen Nachfolger gefunden, dem alle im Vaterlande, die dem deutschen Volk eine schlechte deutsche Staatskunst allein für förderlich halten, mit größtem Mißtrauen gegenübersehen müssen.“

Weit von dem bekannten: „Schonmal, Schonmal, dich...“ löst diese — liebliche Warnung gerade nicht. Da schließt das würdige Blatt gütigsten — in Frankreich bekanntlich einst auch die blutige Bartholomäusnacht die Schicksal Gottes:

„Graf Hertling hat es geliebt, sich stets als konservativ zu bezeichnen, und manche Konservative haben in ihm den Gesinnung verwandten gesehen — nun, er hat schon mehrfach bewiesen, daß auch anders kann, Gott schütze das Reich! Gott heile Preußen!“

## Graf Hertling über Kanzlerverantwortlichkeit

Die „Nationalzeitung“ erinnert an folgende Worte, die der Abg. Freiherr von Hertling in der Reichstagsitzung vom 10. November 1908 gesprochen hat:

„Das deutsche Volk muß verlangen, daß der Reichstagskanzler beseitigen und die Kraft besitzt, dem Kaiser gegenüber denjenigen Einfluß zur Geltung zu bringen, ohne welchen seine staatsrechtliche Verantwortlichkeit jede Bedeutung verliert. Es sollte die Kritik der Person des Trägers der Krone schweigen, aber die Lage der französischen Sonnenkönige und die Lage der englischen Stuarts liegt längst hinter uns. Die Ministerverantwortlichkeit, die wir fordern, beruht darauf, daß man das eigene Recht des Monarchen mit dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes in Einklang zu bringen sucht, auf welches ein mündiges Volk niemals verzichten kann. Der Kaiser hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, aber er ist in der Ausübung dieser Rechte und in der durch die Befassung vorgeführten Weise an die Mitwirkung des Bundesrats und des Reichstages gebunden.“

## Die Frage aller Fragen

Graf Hertling ist Reichstagskanzler geworden. Das bringt für die alten Herrn verschiedene Aufregungen mit sich. Daß er doch sein geliebtes Ruppolding verlassen und nach Berlin ziehen. Was wird zugehen: Die Vorstellung, das ehrfame „Hoff“ Ruppolding soll die politische Hauptstadt des Deutschen Reiches werden, ist nicht ganz frei von Komik.

Aber das ist nicht die Frage aller Fragen. Graf Hertling ist nicht Soldat gewesen. Er ist dazu ein alter, kleiner Mann und macht in Uniform sicher die Figur eines „Mündungsbedels“, wie man Soldaten heißt, die der Herr Hauptmann verhöhnt ins hintere Glied und auf den äußersten Flügel der Kompagnie stellt, weil mit ihnen kein Staat zu machen ist.

In England oder Frankreich zerbricht sich kein Mensch den Kopf, wie der Ministerpräsident im bunten Rock aussieht. Doch bei uns ist ein Reichstagskanzler in schäbigem Zivil gar nicht denkbar. Somit sind wir in unserer inneren Neuordnung noch nicht.

Was fangen die armen deutschen Uniformschneider bloß mit dem Grafen Hertling an? Er hat sich nie in seinem Leben nach einer Uniform gedrängt. Und wo ist eine Phantasie, die sich den klugen, kleinen Herrn im Schmutz eines Kürassierhelms ausmalen kann?

Kaiser und Reich stehen vor einer schier unüberwindlichen Aufgabe. Was sind alle Fragen des Friedensschlusses und des Wiederaufbaus nach dem Krieg gegen die eine Frage: Wie schaffen wir für den neuen Reichstagskanzler eine passende Uniform?

Wierzig Jahre lang hat Graf Hertling Politik im Zylinder gemacht und es ist nicht die ungeheuerste Politik gewesen, die in dieser Zeit gemacht worden ist. Ist damit der Nachweis erbracht, daß Helm und Koppel nicht unbedingt notwendig sind, um klug und gewandt zu operieren?

Wir glauben es nicht und sehen mit großer Sorge dem Zustand entgegen, daß vielleicht der Friede von einem Reichstagskanzler im Zylinderhut geschlossen werden könnte.

## Professor Delbrück gegen die Vaterlandspartei

In den „Preussischen Jahrbüchern“ wendet sich Professor Delbrück mit bemerkenswerter Schärfe gegen die Vaterlandspartei und gegen die von ihr geförderten Bestrebungen. Er hält dem gewesenen Reichstagskanzler Dr. Michaelis vor, daß er, statt den Kampf gegen diese Richtung zu führen, sich in der gerade jetzt ganz unmöglichen Kunst des Laviertums versucht habe. Der Artikel fährt dann fort:

„Sie (die Kunst des Laviertums) ist unmöglich geworden, weil wir uns jetzt dem Frieden nähern und es einen Frieden, der die Alldeutschen befriedigt, nicht geben kann: der Friede kann nur gegen sie gemacht werden. Die Politik des Laviertums ist ferner unmöglich geworden, weil sich jene geschlossene Majorität des Reichstages gebildet hat, die nicht den alldeutschen, sondern den vaterlandspartei treuen Willen, und keine Regierung in Deutschland imstande ist, den Krieg, der ein Volkskrieg ist, und sein muß, gegen die Reichstagsmajorität, die die Masse hinter sich hat, durchzuführen. Die Aufgabe eines deutschen Reichstagskanzlers ist also heute, nach außen den Frieden zu schaffen und zu diesem Zweck den Kampf nach innen aufzunehmen. Daß Herr Michaelis das nicht erkannt hat, daran ist er gescheitert. Eine unerlässlich lösbare Zeit ist dadurch verstrichen gegangen, und der Zwiespalt, den Herr Dr. Michaelis vermeiden wollte, ist nun erst recht ins Volk getragen und immer bösartiger geworden. Die unselige Partei, die da behauptet, den Zwiespalt verhindern und die nationale Einheit herstellen zu wollen, indem sie den anders Denkenden die vaterländische Gesinnung absperrt, wäre vermutlich niemals entstanden, wenn nicht die Regierung durch ihre anklaren und unzweideutigen Kundgebungen den Boden dafür geschaffen; wenn sie statt dessen ihrerseits daran gearbeitet hätte, der Reichstagsmajorität die richtige Auslegung zu geben, um das Volk um sie zu sammeln. Wir wollen den Krieg durchhalten bis zum siegreichen Ende. Darin wird wir alle einig. Diese Einheit ist da und es bedurfte, um sie zu schaffen, keiner „deutschen Vaterlandspartei“. Was aber unter dem siegreichen Ende zu verstehen ist, darüber sind wir verschiedener Meinung, und die Führer der deutschen Vaterlandspartei haben nur bewiesen, daß sie das deutsche Volk nicht kennen und ganz und gar keine Fühlung mit ihm haben, wenn sie geglaubt haben, daß sich das deutsche Volk einmütig um das von ihnen propagierte Kriegziel scharen werde.“



# „Sozialdemokratie, Verständigungsfriede und Vaterlandspartei“

## Scheidemanns Rede in Elbing

Mit lautem Jubel begrüßten Elbinger Arbeiter und Bürger es, als sie hörten, daß der populäre Führer der deutschen Sozialdemokratie Philipp Scheidemann sich bereit erklärt habe, in Elbing in öffentlicher Versammlung zu reden. Der Erfolg war für Scheidemann die große Genugung, daß er sich bei seiner unermüdbaren Arbeit für Volk und Frieden in voller Übereinstimmung mit der Elbinger Arbeiterpartei befindet; ein Erfolg, der gerade hier im Osten nicht hoch genug bewertet werden kann. Wir beglückwünschen unsere Elbinger Genossen zu diesem überaus wertvollen Ereignis, das für die zukünftige Politik der Elbinger Sozialdemokratie von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Die Versammlung, die am Sonntag, den 4. November, im Volkshaus tagte, wuchs sich zu einer gewaltigen Demonstration aus.

Beide Säle des stattlichen Volkshauses in der Holzstraße waren völlig überfüllt. Weit über 2500 Personen hatten darin Platz gefunden. Tausende mußten umstehen, weil sie nicht untergebracht werden konnten. Direktoren, leitende Beamte, Werkmeister der Schichau-Werke waren in größerer Zahl erschienen. Daneben stellte die Bürgerschaft zahlreiche Vertreter. Weit überwiegend waren aber die Elbinger Arbeiter angezogen. Auch eine größere Anzahl Feldgrauer war erschienen, deren Zulassung Genosse Scheidemann erst erwirken mußte.

Gleich nach 2 Uhr eröffnete Genosse Finsel die imposante Versammlung. Genosse Scheidemann führte in der Hauptsache folgendes aus:

Die deutsche Sozialdemokratie hat seit Beginn des Krieges für den Frieden gearbeitet. Die Sozialdemokratische Partei ist in hervorragender Weise eine Partei des Völkere Friedens, weil ihre Aufgabe mit in erster Linie darin bestand, der Welt den Frieden zu sichern. Sowohl die deutsche Sozialdemokratie wie ihre Bruderparteien im Ausland haben jahrzehntelang diese Taktik eingeschlagen. Die Sozialdemokratische Partei hat vor dem Kriege alle Forderungen für Militarismus und Marinismus abgelehnt. Das haben manche nicht recht in Einklang zu bringen gewußt mit der Haltung der Partei nach Ausbruch des Krieges. Ein Vorwurf ist deshalb jedoch absolut unbegründet. Ein Jubel ohnegleichen antwortete auf die Bewilligung der Kriegskredite im August 1914. Erst später als die Not kam, fragte mancher, ob es nicht anders hätte besser gemacht werden können. Weshalb lehnte die Sozialdemokratie im Frieden die Rüstungen ab? Sie sieht die Wurzel aller Übel im

### Kapitalismus.

In diesem steckt etwas, — verzeihen Sie den Ausdruck — Raubtierartiges. Es steckt etwas in ihm, das nach immer weiterer Ausdehnung, nach immer mehr Profit strebt. Als die zwei legitimen Kinder des Kapitalismus betrachten wir den

### Militarismus und Marinismus.

Beide haben wir bekämpfen müssen, umso mehr, da immer deutlicher in Erscheinung trat, daß diese beiden Kinder des Kapitalismus die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschwören. Das waren die drei Dinge, die wir bekämpfen, weil wir wußten, daß sie uns einer Katastrophe entgegenführen müßten, wenn es nicht gelingt, den Sozialismus in der Welt so zu stärken, daß die Sozialdemokratie in allen Ländern gleichzeitig ihre Stimme hätte erheben können. Den Ausdehnungsdrang des Kapitalismus, der zuerst nur Kolonien erwarb und später auch Länder höherer Kultur unterwerfen will, nennen wir seit einer Reihe von Jahren Imperialismus. Wir sehen, wie der Imperialismus alle modernen Staaten ergriffen hat. Alle Staaten drängen nach weiterer Ausdehnung. Jeder einzelne Staat ist bestrebt, für sich selber ein Weltreich zu schaffen. Am deutlichsten tritt das in England hervor. Aus diesem Streben heraus, sich immer neues Land anzugliedern, Kolonien zu erwerben, mäßigst bereits in der Kultur hochstehendes Land anzugliedern, ist die größte Kriegsgefahr erwachsen. Die Entente-Länder sind darin am weitesten gegangen. Ich nehme den deutschen Imperialismus nicht in Schutz, aber wenn man prüft, was die übrigen Staaten an Ausdehnungsbestrebungen geübt haben und was in Deutschland demgegenüber geleistet worden ist, dann erscheint der deutsche Imperialismus

im Vergleich zum französischen, englischen und amerikanischen wie ein Waisenkind. Die sozialistische Parteien der ganzen Welt waren sich im Grunde vollkommen einig im Kampfe gegen diesen Imperia-

lismus. Besonders herzlich war das Verhältnis zwischen den deutschen und französischen Sozialisten. Als die Heeresvorlagen kamen, als man in Frankreich die Dienstzeit verlängern wollte, haben wir in Deutschland und Frankreich Flugchriften verbreitet — in beiden Sprachen gedruckt —, um zu zeigen, wie einig die deutschen und französischen Arbeiter sind. In Paris sprachen wir, ich selber, für den Frieden, die Franzosen sprachen in Deutschland. Aus dieser gemeinsamen Aktion entsprang die feste Überzeugung: Ein Weltkrieg ist absolut unmöglich — wenn Deutschland und Frankreich sich einig gewesen wären. So war es unser Streben, diese beiden großen Kulturvölker zusammenzubringen. Wir brachten es soweit, daß wir im Jahre 1913 in Bern eine Zusammenkunft hatten, an der deutsche und französische Sozialisten teilnahmen. Diese Verständigungskonferenz, an der auch Bebel und Jaures teilnahmen, diente dem Zweck, die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich immer enger zu gestalten. Wir gingen nach der Konferenz mit der Überzeugung auseinander, ein gutes Werk vollbracht zu haben. In einer späteren

### Zusammenkunft in Basel

waren neben den Franzosen und Deutschen noch Sozialisten aus anderen Ländern erschienen. Dort waren auch schon Vertreter bürgerlicher Parteien erschienen. Aus Frankreich die Radikalen. Und aus Deutschland Reichstagsabgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei, des Zentrums und sogar auch einzelne Nationalliberale. Besonders wichtig aber noch zu wenig bekannt ist, daß diese vorher bei der deutschen Regierung angefragt und den Bescheid erhalten hatten, daß ihr die Beteiligung erwünscht sei! Dieser Umstand ist allgemein für Beurteilung der Friedenshaltung der Reichsregierung sehr wesentlich. Wir waren nach dieser Konferenz kaum zuhause, als die Gegenstände sich zuspitzten, bis die Schreckensstunde von Serajewo kam.

Weil wir diesen Kampf gegen den Militarismus geführt haben, hat man uns als eine Partei der Vaterlandslosen und Vaterlandsverräter verleumdet. Was wir gewollt haben, rechtfertigt in keiner Weise diesen Vorwurf. Wie kann man einer Partei einen solchen Vorwurf machen, die das weitest ausgreifendste Verteidigungsprogramm befolgt? In unserem Parteiprogramm steht die Erziehung des ganzen Volkes zur Wehrhaftigkeit, damit im Augenblick der Not das ganze Volk auf die Beine gebracht werden kann, um einen eventuell ausbrechenden Krieg so schnell als möglich wieder beenden zu können. Was Sie jetzt sehen, ist die Wirkung dessen, was wir immer verkörpert haben. Was sind das für Truppen, die uns jetzt am Isonzo verteidigen? Das sind Volksheere! (Starker Beifall und Handklopfen.) Es war sehr unrichtig, die Millionenpartei der deutschen Sozialdemokratie der Vaterlandslosigkeit zu beschuldigen. Der Vorwurf mußte ja geradezu als Anregung, über das deshalb für wehrlos gehaltene Deutschland heraufzulaufen, wirken. So dümmel handelten aber viele Leute und manche sind auf dem besten Wege, es wieder so zu machen. (Beifall.)

Als der Krieg ausbrach, entschlossen wir uns, zu tun, was wir getan haben, weil wir die Überzeugung sind, daß eine wahrhafte Volkspartei in der Stunde der größten Not nicht beiseite stehen konnte. Ist der Krieg ausgebrochen, so gilt es Schlimmeres, die

### Niederlage des eigenen Landes durch seine Verteidigung zu verhüten.

Die Frage, ob Deutschland nach am Isonzo verteidigt wird, beweist, daß die Leute, die so reden, nicht über ihre Nase hinwegsehen können. Ostpreußen wird auch am Isonzo verteidigt, genau so wie Deutschland bei der Befreiung Ostpreußens verteidigt wurde! Sie haben hier den Krieg aus nächster Nähe kennen gelernt. Das war aber nur ein Teil des Furchtbaren, das er wirklich bedeutet. Bereits am 4. August 1914 erklärte die Sozialdemokratie, daß in dem Augenblick der Krieg ausbrechen müßte, wo das Ziel der Sicherung erreicht und der Gegner zu einem Frieden auf entsprechender Grundlage geneigt sei. Das haben wir auch am 2. Dezember des gleichen Jahres wiederholt und bei jeder Gelegenheit von neuem erklärt. Leider muß gesagt werden, daß auch die Sozialisten des feindlichen Auslandes nicht erkannten, was wir wollten, daß auch sie in das Horn der Blodn Georges und der Asquiths bliesen, denen unsere Erklärung so freundlich in die Ohren klang. „Vom Frieden reden, heißt das nicht, um Frieden bitten?“, so scholl es aus sozialistischen Reihen in Frankreich herüber. Wir haben an unserer Überzeugung festgehalten. Immer von neuem haben wir Verbindung gesucht mit unseren Freunden in der ganzen Welt. Es hat nichts genützt. Wir haben die Friedenspropaganda in Deutschland fortgesetzt.

Vor dem Kriege haben, besonders in Frankreich Hervé und Bailant, den Militärstreik gefordert, den wir stets ablehnten. Bailant starb zu Beginn des Krieges. Hervé aber wurde der wütendste Kriegstreiber. So hat es sich im Leben stets gezeigt, daß die Extremisten von rechts und links die Unzuverlässigsten sind.

Hätten wir sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten die Kriegskredite abgelehnt, dann hätten die sozialdemokratischen Arbeiter

verlacht. Dann hätte es keine deutschen Siege und auch keine russische Revolution als ihre Folge gegeben. Dann hätte Nikolaus II. noch heute auf dem Thron der Zaren. Unsere Friedensbestrebungen wurden leider auch von den französischen Sozialisten nur als Zeugnis der Schwäche angesehen. Was unsere Truppen für uns tun, ist so groß und gewaltig, daß wir ihnen gar nicht genug danken können durch die Versicherung: Verlaßt euch darauf, alles, was wir tun können, um das furchtbare Morden abzukürzen, wird geschehen! (Stürmischer Beifall.)

Je mehr wir auf unserem Friedensstandpunkt beharrten, je deutlicher wir sprachen, umso mehr regten sich die

### Annexionisten

auf und ihre Forderungen wurden immer verrückter. Ich erinnere Sie nur an die Forderungen der sechs Wirtschaftsverbände. Wir haben dagegen protestiert und haben unsere warnende Stimme dagegen erhoben. Wir haben auf die feindlichen Regierungen hingewiesen, denen es angenehm sein muß, wenn sie zur

### Aufpeitschung der Kriegeseligkeit

jagen können: Seht, was für Forderungen in Deutschland aufgestellt werden! Das hat nichts genützt! Die Annexionisten schwächen und schimpfen bis auf den heutigen Tag. Wir sehen, wie die Kriegstreiber in beiden Lagern sich gegenseitig in die Hände arbeiten, ohne es selbst zu wissen. Das ist eine Politik der Torheit.

Die ganze Unheilbarkeit der Rederei, als könnten wir die halbe Welt erobern, läßt sich gar nicht darstellen.

Der englische Handelsminister Buncmann erklärte, daß nach dem Krieg der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland fortgesetzt werden müsse. Deutschland dürfe die Stellung auf dem Weltmarkt nach dem Kriege nicht mehr einnehmen. Was er sagte, deckt sich auch mit den Beschüssen der sogenannten Karrier Wirtschaftsdiktatoren.

Hier appelliere ich an alle jene, die da wissen, was bei Verwirklichung eines solchen Programms der Vernichtung des deutschen Handels mit 25 Millionen Mark Jahresumsatz für die deutsche Arbeiterpartei auf dem Spiele stünde! Das würde eine Jahrzehnte lange Niederwerfung der deutschen Industrie und des deutschen Handels bedeuten. Gelingen es, so würden Millionen deutscher Arbeiter auf der Straße liegen, und Deutschland wäre das Bettelvolk Europas. Daran liegt das besondere Interesse der deutschen Arbeiterpartei, daß Deutschland keine Niederlage erleide. Es heiße das Kriegselend auf unabsehbare Zeit verewigen, wenn jene Abseparationspläne durchgeführt werden könnten. Wir wissen, daß die Regierungen sich in eine Sadogasse verannt haben. Daher ist es die Aufgabe einer wirklichen Volkspartei, die Völker selbst in Bewegung zu bringen, den Friedensgedanken in allen Ländern zu fördern. Die Franzosen riskieren bei Fortsetzung des Krieges, daß sie sich verbluten. Sie sehen ihn fort, weil das französische Volk nicht weiß, daß dieser Krieg beendet werden könnte, ohne daß Frankreich verewigt werden soll. Dazu ist die Arbeiterpartei des Auslandes viel zu wenig durch die sozialistische Presse aufgeklärt. In Frankreich gibt es nur 4-5 sozialistische Zeitungen, in England überhaupt keine. Die Aufpeitschung kriegerischer Leidenschaften versteht die ausländische Kriegspresse aber noch besser als die „Deutsche Vaterlandspartei“.

### Die deutsche Arbeiterpartei hat

### den Stockholmer Gedanken

mit Begeisterung aufgenommen. Auch da neue Enttäuschungen. Als sich die französischen und englischen Sozialisten unter gewissen Voraussetzungen für die Teilnahme an Stockholm erklärten, da verweigerten ihnen ihre Regierungen die Pässe. Das ist ein Zeugnis dafür, wie erbärmlich eine Demokratie sein kann! Wir kämpfen für eine wahrhafte Demokratie! Für eine Demokratie, die den Leuten, die für den Frieden eintreten, nicht erlaubt, über die Grenze zu fahren, bedanken wir uns. Sie kann uns bei unserer Arbeit für die deutsche Demokratisierung kein Vorbild sein! Die Demokratisierung, die wir erstreben, hat nichts gemein mit der Adolfsen-Demokratie Frankreichs. Als MacDonald aus England nach Stockholm fahren wollte, weigerten sich organisierte englische Seelen, ihn dorthin zu bringen. Ich gebe trotzdem die Hoffnung nicht auf, daß die Konferenz in Stockholm doch noch stattfindet, wenn das Elend auch in England und Frankreich noch zunimmt.

Im eigenen Lande müssen wir immer wieder erklären, daß wir einen Verständigungsfrieden wollen.

wenn die Gegner zu einem solchen bereit sind. Nach den Annexionisten soll die Reichstagsmehrheit einen „Verzichtsfrieden“, einen „Schmachtfrieden“, einen „Hungerfrieden“ beschließen haben. Meine Partei und besonders ich persönlich sind heftig wegen der Forderung des Verständigungsfriedens angegriffen, verleumdet und beschimpft worden. Ich sagte mir stets, die Leute werden schon noch einsiehn.

## Der Springbrunnen

Laufend glühende Sonnen,  
Die zu leuchtendem Strahl  
In einander verschponnen,  
Stehen zu Berg und zu Tal . . .

Laufend leuchtende Blüten  
Fallen hinab in ihr Beiz:  
Süß sie in Reife erglühten,  
Werden sie niedergeweht . . .

Laufend Wünsche enthauchen  
Fliehende Bitten ins All:  
Laufend Enttäuschungen tauchen  
Nieder im tödlichen Fall . . .

Richard Kiehl.

## Im Kabarett

1.

Von einem kleinen Scheinwerfer grellrot beleuchtet saß Uffe Harms am Klavier und spielte den „Feuerzauber“, das letzte Stück ihres Potpourris.

Sie war heute nicht in Stimmung und fühlte deutlich, wie matt ihr Vortrag wirkte. Der Raum war des schwülen Abends wegen nur mäßig beheizt, das drückte immer auf sie, dazu die ungewöhnliche Junihitze — und gegessen hatte sie auch nicht mehr richtig seit zwei Tagen. Der Krieg beschneit alle Einnahmen und damit auch die ihren empfindlich . . . Nun, mit dem „Feuerzauber“ war ihre Nummer gottlob zu Ende, und wie ein müdes Pferd seine Kräfte anspannt, wenn es den Stall wittert, so rüffte sie sich jetzt auf, um wenigstens den Abgang zu retten.

Der Beifall war denn auch ziemlich lebhaft, aber während Uffe vom Podium herunterstieg, hörte sie einen Herrn zu

seinem Nachbarn sagen: „Das, wenn Wagner geahnt hätte! . . . Da nun, die schönen Zeiten des Ueberbrettels sind dahin, wo junge Talente begeistert ihr Bestes gaben. Jetzt betreibt man die Sache als Abkühlung für Spießerbürger.“ Er stieg unter einem verweisenden Blick des andern, der flüsternd tadelte: „Sie muß sich ja hören.“

„Wag sie!“ brummte der strenge Kritiker, dann verjagte das Stimmengemurmel das Weitere.

Uffe Harms setzte sich an ein leeres Tischchen und bestellte ein Glas Limonade. — Zu einem Abendbrot und war's nur zu einem kalten, reichte es heute nicht mehr . . . Ja, wenn sie um zehn, zwölf Jahre jünger wäre — in den Zwanzigern wie diese Olga Lübbe, ihre Kollegin, die jetzt vom Podium herab ihre vaterländischen Lieder ins Publikum schmetterte: selbstbewußt, geschmacklos — laut und unmusikalisch obendrein — —! Die war jung, leichtlebig und elastisch, noch nicht mürr geworden in der Treitmühle, und konnte die Verminderung ihrer Gage verschmerzen; fanden sich doch jeden Abend Herren, die sie zu Essen und Sekt luden . . . die ihre Kleiderrechnungen bezahlten.

Uffe Harms leuchtete verstockt, betupfte mit dem Taschentuch behutsam die geschminkten Lippen und sog durch einen Rohrhalm an ihrer Limonade.

Wie köstlich der kühle Trank die ausgedörrte Kehle hinabrannt! . . . Aber wenn der Durst halbwegs gestillt war, meldete sich der leere Magen doppelt dringlich . . . und dabei den schmaufenden Leuten zusehen zu müssen, das war eine Marter — fast so qualvoll wie die gönnerhafte Herablassung, mit der die Lübbe sich jetzt gleich an ihren Tisch setzen würde.

Ah, da kam sie schon mit ihrem unausstehlich selbstgefälligen Lächeln, von lautem Beifall umrauscht, nicht ihr zu, ließ sich ihr gegenüber mit einer Miene nieder, als wolle sie sagen: Da gibt eine gute Folie für mich ab, und blickte herausfordernd nach allen Seiten.

Die Kolleginnen wechselten einige Worte, da erschien auch

schon der alte Graf, der ausdauerndste Verehrer der feurigen Olga, um sie in seine Nische hinüber zu holen.

Uffe Harms saß wieder allein vor ihrer Limonade und beschloß eben, bis zu ihrem zweiten Auftreten ins Freie hinauszugehen, da stand plötzlich der Herr, der vorher dem andern abgewinkt hatte, neben ihr und sagte in gewinnendem Ton: „Mein Freund hat mich schnöde verlassen, wollten Sie mir vielleicht etwas Gesellschaft leisten?“

Uffe Harms sah erstaunt, fast feindselig auf . . . Wachte man sich mit ihr einen Scherz? — Sie war lange nicht mehr zu Tisch aufgefordert worden . . . Seit dem vorletzten Winter nicht mehr . . . aber schon der erste Blick in dies hübsche offene Männergesicht verschmeichelte ihr Mißtrauen.

Sie werden an mir nicht viel Freude erleben!“ gab sie leise zurück, während sie aufstand und konnte es sich dabei nicht versagen, in die Grafenmische hinüber zu schauen, aus der Olga fast neidvoll hervorlachte.

„Und warum nicht? Sind Sie müde?“ kam es zurück . . . „es wäre freilich kein Wunder bei dieser Schwüle“ . . .

„Ja, ich bin müde!“ — Sie erschraf vor dem trostlosen Ton ihrer Stimme, während es sie blühschnell durchzuckte: So mußte du ihn ja abstoßen . . . Dann sagte sie mit schwachem Lächeln: „Aber es wird vorübergehen, und außerdem,“ fügte sie fast verschämt hinzu, „bin ich heute unzufrieden mit meinem Spiel . . . Sie dürfen nicht glauben, daß ich immer so“ . . .

Er versuchte eine höfliche Abwehr . . .

„Nein, nein, sagen Sie nichts! Ich hab es vorher schon gehört, wie Ihr Freund urteilte und auch, daß Sie mich schonen wollten . . . Er hatte ganz recht . . . aber man ist eben nicht alle Tage gleich . . . und es gibt Umstände“ . . .

„Ja, das weiß ich von mir!“ Leuchte ihr Partner ab . . .

„Ich kenne diese unberechenbaren Stimmungen genau, von denen gerade wir Künstler abhängig sind wie kein anderer Beruf.“

„Sind Sie Vater?“ rief Uffe dazwischen.



hat mit Recht gesagt. Sie kämpfte weiter für die Befreiung der  
aus dem Ausland nach Deutschland gekommenen Arbeiter. Sie  
hatte die deutsche Arbeiterpartei gegen sich. Man schätzte sie  
in Deutschland sehr und hat sie bewiesen, daß sie ein England  
hätten wollen. Das ist die Wahrheit. Sie hat die deutsche  
Arbeiterschaft an ihre Seite. Der Reichstag kam am 19. Juli in  
seiner überaus wichtigen Sitzung. Schließlich hat  
sie auch nach der Wahl der Reichstagsmitglieder, die sie  
Verständigung zwischen den Parteien herbeiführen. Nun hat  
angesehen, daß sie die deutsche Arbeiterpartei gegen sich  
hatte. Das ist die Wahrheit.

#### Deutsche Arbeiterpartei

während der kurzen Zeit ihres Bestehens an Beschimpfungen gegen  
Personen, Parteien und den Reichstag geleistet hat, ist in der deut-  
schen Presse bisher unbekannt gewesen. Das wird aber alles noch  
einmal bekannt werden. In den lauteften Klagen gehören eine Anzahl  
Männer, die während des Krieges aus den reichsten Kriegsgewinnen  
aufgestiegen sind. Eine Presse, die wir ähnlich bisher nur in  
England kannten, ist dadurch bei uns eingeführt. Diese Unge-  
wissenheit veranlaßt sich von Tag zu Tag, die Kriegsgewinnler werden  
Millionen in die deutsche Presse bringen, damit diese ihre Interessen  
vertritt. Das geschieht schon ganz amerikanisch. In  
Amerika werden diese Interessen unabhängig von den Interessen  
der großen Grundbesitzer von Rheinland-Westfalen, die diesen  
gewinn einbringen. Die vertriehen auf gar nichts.

was uns gehört, aber wir verzichten auf das, was uns nicht gehört,  
was den anderen gehört und was den anderen ebenso heilig ist,  
wie das, was uns gehört. Belgien können wir nicht mit Est-  
land vergleichen. Dieses ist zu 90 Prozent deutsch. Das ist  
etwas ganz anderes, als wenn wir französisches Gebiet annektieren.  
Jede gewaltsame Aneignung fremden Landes bedeutet einen neuen  
Krieg, weil heute kein Land ertragen kann, daß man es auf diese  
Weise vergrößert. Die Zurücknahme Estlands 1870/71  
hat schon die Revolution ausgehört und zu dem russisch-französischen  
Bündnis geführt. Stücken Sie sich vor, ob Deutschland ruhig geblieben  
wäre, wenn die Russen Ostpreußen und Königsberg fortgenommen  
hätten? In Wahrheit hätte schon am Tage danach die Rüstung  
der Wiedervergeltung begonnen. Was würde die Folge der Zurück-  
behaltung Belgiens, an die jetzt kein Mensch mehr denkt, sein? Die  
ganze Welt würde uns dauernd gegenüber stehen! Wir verlangen  
in unserem Verständigungsfrieden die territoriale Unverletzlichkeit  
unseres Landes. Wir verlangen aber auch die wirtschaftliche Ent-  
wicklungsfreiheit für Deutschland. Alles, was wir erobert haben,  
können wir mit Handfuß wieder hergeben, wenn wir das freie Meer  
haben und Frieden dazu.

Die „vaterländische“ Presse erzählt uns täglich, was wir ge-  
wonnen haben. Die Gegner haben doch aber auch genug von uns.  
Was vom Estland, erheblich mehr von der Türkei, Tausende unserer  
Schiffe und den ganzen Weltverkehr. Was dies bedeutet, bewies der  
große deutsche Jubel über die gelungene Fahrt des Handels-  
schiffes. Wollte hat schon 1870 gesagt: unsere Stärke ist, daß wir  
ein einheitlicher Nationalstaat sind.

Die Annexionisten reden nun viel von  
Kriegsentscheidungen,

weil wir andernfalls wegen der vielen Schanden danktrotz werden  
müssen. Das ist Unsinn! Deutschland ist nach dem Kriege ver-  
schuldet, genau wie alle übrigen am Krieg beteiligten Länder. Aber  
dieser Krieg fortsetzen in der Hoffnung, vielleicht die ganze Welt be-  
siegen zu können, und dann aus dieser bankrotten Welt eine Kriegs-  
entscheidung herauszubringen, ist die Politik eines trankenen  
Spielers, der in Monte Carlo sein letztes Geld auf den Tisch wirft.  
Wir lehnen es ab, phantastischen Eroberungsplänen aus diesem  
Grunde nachzugehen. Wir haben schon Serbien, Rumänien und  
Montenegro besiegt. Rußland hat die Revolution im Leibe. Aber  
zum Frieden haben wir noch mit keinem dieser Länder kommen  
können! Gibt das nicht zu denken?

Die „vaterländische“ zeige auf die Not im Auslande.  
Aber wie geht es uns? Nun am schlechtesten geht es bei uns in den  
Städten, in denen die Männer, die für die Ernährung sorgen sollen,  
sich in Eroberungsschwärmen ergehen und im Hauptteil ihrer Arbeit  
Agitatoren der „vaterländischen“ sind. (Starker Beifall.)

Kein einziger der Männer, die jetzt für den Reichstagsposten  
in Frage kommen, hat die Friedensresolution des Reichstages ab-  
gelehnt. Dafür reden die Männer der „vaterländischen“, die  
Fürsten, Grafen und andere Männer „aus dem Volke“ aber anders.  
Die Politik der „vaterländischen“, der vaterländischen, würde  
Deutschland an den Rand eines Abgrundes bringen. Aber eine  
Anzahl dieser Leute denken bei ihrer Arbeit nicht allein an den  
Friedensschluß, sondern an eine Befreiung der inneren Politik. Aber  
unsere deutschen Söhne und Brüder kämpfen nicht für die Aufrecht-  
erhaltung der Junkerlichen Vorrechte und irgend welcher Privilegien.  
Sie kämpfen nicht dafür, daß die ungerechten Klassenverhältnisse auf-  
recht erhalten bleiben, die ja es auch im Schlingengraben nicht gibt.  
Es gibt keinen besonderen vorderen Schlingengraben für die Wähler  
1. Klasse. Nein, sie kämpfen für ein neues Deutschland des gleichen  
Rechts und der politischen Freiheit. Und das ist das, was die Leute, die  
in der vaterländischen stehen, am meisten fürchten. Wer sich zu diesen  
Leuten bekennt, der hilft den Krieg verlängern und kühlt die Reaktion  
in Deutschland.

Reichmann hatte die Zeichen seiner Zeit erkannt, hatte aber  
nicht den Mut der Konsequenz. Er ging als Opfer einer Intrigue.  
Sein Nachfolger hieß Michaelis. Er war für alle Welt eine Lieber-  
schmeichelei, für manche eine Hoffnung, für viele eine Befriedigung.  
Heute ist Herr Michaelis eine Unmöglichkeit. Er hat Recht gehabt,

daß man ihn an einen falken Posten gestellt hat. Was es aber  
auch ist, das ist ein 70-Millionen-wertes Handel, das niemand  
an einem solchen Posten lassen.

Der Herr Michaelis ist typisch für die Unhaltbarkeit unserer  
politischen Verhältnisse. Wir brauchen die Demokratie und das pa-  
lamentarische System. Wer hat Michaelis empfohlen? Kein Mensch  
wagt, wie man, was das parlamentarische System ist.

Die Demokratisierung Deutschlands  
müssen kommen und sie werden kommen, weil das Reich ohne Demo-  
kratie nicht bestehen kann. Der Kaiser ist nur Herr. Er kann  
aber nicht eher, bis er sich mit der Reichstagsmehrheit besprochen  
hatte. Das ist noch keine Demokratie und noch kein verbriefter  
Fortschritt. Es ist aber erheblich mehr, als wir bisher in Deutschland  
hatten. In 8 Tage langen Verhandlungen haben wir uns mit Hertz-  
ling verhandelt. Er ist für das gleiche freie Wahlrecht Preußens,  
für den Schutz des Koalitionsrechtes, für Aufhebung der politischen  
Zensur. Er hat sich beim Kaiser volle Freiheit für die Wahl seiner  
Mitglieder vorbehalten. Schließlich, der unmögliche Disziplin, muß  
fort. Der Nationalliberal Friedberg hat sich verpflichtet, seine  
Freunde für das gleiche preussische Wahlrecht zu gewinnen, als  
Parlamentarier wird auch er Minister werden und nicht ohne Nutzen.

Das alles sind Dinge, die bei uns bisher unbekannt waren.  
Früher gab und nahm der Herr, was er wollte. Jetzt hat Herr von  
Michaelis mit den Abgeordneten der Reichstagsmehrheit verhandelt.

In friedlichen Formen vollzieht sich im Innern des Reiches  
ein Fortschritt, dessen Erlangung anderswo Ströme von Blut gekostet  
hat. Wenn wir zum gleichen Wahlrecht im Reich auch das gleiche  
Recht in Preußen bekommen und wenn für die Zusammenfassung der  
Regierung und für ihre Politik der Mehrheitswille der Volksver-  
tretung maßgebend wird — alles dies sehen wir vor unseren Augen  
werden —, dann ist der Beweis dafür erbracht, daß das deutsche  
Volk keine Hilfe von außen braucht, um jene Freiheit zu erlangen,  
die andere Völker besitzen. Dann ist die Behauptung, daß man mit  
Deutschland nicht Frieden schließen kann, weil es autokratisch regiert  
sei, ein windiger Vorwand.

Sie wissen aber, daß wir Sozialisten die Freiheit nicht nur in  
dem politischen, sondern auch in den wirtschaftlichen Verhältnissen be-  
gründen wollen. Wir kämpfen für Befreiung aus politischem Druck  
und wirtschaftlicher Not. Von der wirtschaftlichen Freiheit aber, wie  
sie uns Sozialisten vorschwebt, sind wir in diesem Augenblick weiter  
entfernt denn je. Das müssen wir einsehen, auch wenn wir hoffen,  
daß die sprunghafte Entwicklung, die uns jetzt in ein Wellental ge-  
schleudert hat, uns zuletzt auf den Wellenberg emporheben wird.  
Als Sozialisten wären wir in einem bürgerlichen Ministerium fremde  
Vögel geblieben. Sie werden also begreifen, warum wir in diese  
Regierung nicht hineingegangen sind. Ist die Zeit für uns da, so  
werden wir uns der Verantwortung nicht entziehen, sondern handeln,  
wie es uns unsere Grundsätze gebieten.

Es gäbe aber noch einen zweiten Grund, in eine Regierung  
hineinzugehen, nämlich den, daß dadurch Fortschritte zu erreichen  
wären, die sonst nicht zu erreichen sind. Wir meinen aber, daß das,  
was die Regierung jetzt vor hat, ganz gut vollbracht werden kann,  
wenn wir draußen bleiben und hart zusehen, wie es gemacht wird.  
Das gleiche Recht in Preußen muß her, die politische Zensur und  
§ 188 der Gewerbeordnung müssen weg, den Arbeitern muß ihre  
Vertretung in Arbeitstammern gesichert werden — eine sehr wichtige  
Forderung für den Aufbau der Zukunft —, darin werden wir nicht  
loder lassen.

Kommt die Regierung ihren Versprechungen nach und treibt  
sie nach außen eine feste und klare Politik, die alles mit unserer  
Ehre und Zukunft vereinbart tut, um bald zu einem ehrlichen,  
dauernden Frieden, zu einem Frieden ohne Eroberungen und wirt-  
schaftliche Vergewaltigungen, zu gelangen, dann werden wir sie unter-  
stützen. Andernfalls werden wir sie bekämpfen, wie wir die Re-  
gierung Michaelis bekämpft haben.

Der Würzburger Parteitag hat die Kriegspolitik der deut-  
schen Sozialdemokratie gebilligt. Danach werden wir handeln und  
auch die Verantwortung übernehmen.

Unsere Partei wird in Zukunft berufen sein, die weitesten  
Schritten des Volkes zu vertreten. Das wird auf breiter demokrati-  
scher Grundlage: Alles für das Volk und alles durch das Volk, ge-  
leistet! Dieses will die „deutsche Arbeiterpartei“ nicht. Herr  
von Bismarck, der Ernährungsminister ist dagegen Sturm gelaufen,  
daß Arbeiter in das Herrenhaus eintreten sollten. Die „vaterländische“  
wird die Vorrechte der Geburt und des Vermögens aufrecht-  
erhalten. Ihre Politik würde zur Katastrophe führen. Viele Beamte  
haben früher deshalb gegen uns gestanden, weil sie an unsere vater-  
landsfeindlichkeit glaubten. Millionen unserer Volksgenossen haben  
sich eingesehen, daß es nicht so ist, daß wir auch nicht bloß die Partei  
der Industriearbeiter sondern aller geistig und körperlich Schaffen-  
den sind.

Die deutsche Sozialdemokratie ist die große Volkspartei, die eigent-  
liche vaterländische Partei!

Die „vaterländische“ bekämpft die Sozialdemokratie, weil  
sie weiß, daß ihr später neue Millionen austromen werden. Sie  
scheut sich so viel, wie einst der Bund der Landwirte. Sie zählt  
den Brieftaucher Riese 6 mal, nach allen Vereinen, die  
denen er freiwillig oder nicht gehört! So tut sie es mit allen, die  
nach immer von Borgebürgen abhängen zu müssen glauben. Viele  
sind in ihr, die nicht wissen, was sie wollen, nicht wenige aber, die  
so müssen, wie sie sollen. Was die Sozialdemokratie will, ist die  
Förderung der Kultur und Wohlfahrt aller im gesicherten Frieden.  
In ihren Organisationen und bei ihrer Presse ist der Platz für alle,  
die so streben. Nur zum Segen führt ihr Wollen: Für alle Frieden,  
Freiheit, gleiches Recht und Brot! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

„Ja, aber woher wissen Sie das?“

„Aus ihrer Art, zu schauen... Wie Sie vorhin den  
Satz des Scheinwerfers beachteten, in dem die Tabaks-  
wolken so schön tanzten, dachte ich mir's...“

„Sie haben schöne Augen!“ lachte unmerkend der  
Maler — — — „Sagt aber müssen Sie mir helfen, ein kleines  
Festmahl zusammenzustellen. Ich habe nämlich heute ein Bild  
über Erntedankgut verkauft, trotz des Krieges und das muß ge-  
feiert werden, nicht wahr? Für den Wein will ich die Ver-  
antwortung übernehmen, von der Küche aber versteht die Da-  
men mehr als ich... hier möchte ich mich ganz Ihren Anord-  
nungen fügen...“ „Oben! Die Speisekarte!“

#### II.

Der Nachschuß war abgetragen und der Vater hinausge-  
gangen, um zu telefonieren. — — — Wie harmlos lehnte in ihrem  
Sessel, mäßig angeregt von den üppigen Tafelgenüssen, in  
der Hand eine Zigarette, auf dem Tisch Wein und Schminke  
gerichtet. Ein fast jugendmädchenhaft-glückliches Lächeln,  
das ihre verblühten Züge verjüngend belebte.

Sie war heute keine schlaue Gesellschaftlerin gewesen,  
das sagte ihr nicht nur ihr eigenes Empfinden, das hatte ihr  
Partner ihr mehr als einmal während des Abends mit einer  
Bürste veranschaulicht, die sie nun schon endlich lange entbeh-  
ren sollte... In dieser Wärme, die ihrer Selbstachtung so wohl-  
tat, und in ihr Kränze weckte, die schon erloschen schienen, lag  
die Gewißheit, daß es noch Männer gab, die ein kluges reifes  
Weib mehr schätzten als ein Gänselein mit glatter Haut.  
Männer, die ganz andere Ansprüche stellen durften als die  
glückseligen Grafen, auf den sich die treue Büste so viel ge-  
nute tat.

Wie still war dieser Vater...! Dabei war er  
sonst ein so lebhafter und ein so angenehmer Mensch. Der  
Grafen besaß... Trotz aller Zufügkeit kam er ihm fröhlich  
vor. Er sprach, wie er sprach, als sei er eine  
so lebhafter Mensch... und der Vater...

väterlicher Fürsorge machte ihn doppelt gewinnend. Und  
wie taubheit er sich bemühte hatte, zu verbergen, daß sie ihm  
auch als Weib nicht gleichgültig war. Sie zog einen kleinen  
Spiegel aus der Tasche, bejaß sich süßlich darin und legte mit  
einer winzigen Fingerringe ein wenig Creme auf Stirn und  
Nase... Versteilen freilich konnte er sich ebenso wenig wie ein  
achtzehnjähriger Knabe, weshalb nicht vor einer Frau,  
die erlebte war auf dem Gebiet der Liebe.

Sie lächelte mollig mit halb geschlossenen Lidern...  
Er gehörte anscheinend zu denen, die ihr Leben lang schon  
bleiben gegen die Frauen, bis an ihre: Sieg nicht eher glauben,  
als bis man sie ermuntert, die Früchte anzunehmen, die ihnen  
doch schon im Schoße liegen — — — und sie wollte es an dieser  
Ermunterung nicht fehlen lassen.

Plump freilich durfte man dieser kein beiseiten Künstler-  
fehle nicht kommen: mit dem Augengeklapper der Lüfte war  
hier nichts zu machen, und auch mit Worten mußte man vor-  
sichtig sein... Aber was hatte sie denn ihre Kunst, ihr  
Malerhändchen?

Bei ihrem zweiten Ansetzen brachte sie Stellen aus  
Tränen, dem Sehnsuchtsgeheimnis rosenroter Leidenschaft, und  
sie wollte dies Porträt anders spielen als das erste... so  
spielen, daß selbst der strengste Richter vor jedem mit ihr zu-  
frieden gewesen wäre.

Selbst, wie doch ein junger Strahl von Glück den  
langen Menschen mit einem Schläge verheiratet! Jetzt war  
sie nicht mehr man, haberte nicht mehr mit ihren Schicksal, be-  
weinte die Lüfte nicht mehr um ihren Grafen. Sie hatte  
sich gewöhnt von frohen Strahlen ihres nahen Sieges über  
das Unheimliche und über ihren Tischherrscher gewiß, und genoss  
mit Entzücken die Vorfreude dieses Triumphes. Und dies alles,  
weil sie endlich ein mal wieder gut gefallen kam?... Nein,  
nicht deshalb oder doch nicht nur deshalb... nein, weil sie  
sich wieder daran glauben machte, daß... nicht zu Ende  
war mit ihrem körperlichen Reiz auf den Männer, die ihres  
Lebens Ziel und Inhalt waren während in besten konnte...

Die Debatte war kurz. Nur ein Herr Benz (sprach-  
liche Wort). Er wollte die Angliederung von Lands-  
Siedlungsland an Deutschland. Genosse Scheidemann erwiderte,  
daß ihn bei seinem letzten Besuch an der Ostfront einflußreiche  
deutsche Rurländer gesagt hätten, daß nur 7 Prozent der  
bevölkerung Deutsche seien. Was wohl die Antwort darauf se-  
würde, wenn die 10 Prozent Franzosen in Ost-Lothringen  
den Anhang dieses Landes an Frankreich fordern würde.  
Die Forderung nach Siedlungsland sei ein altes Märchen. Zu-  
zum Kriege haben wir Hunderttausende von Galiziern ins Lan-  
gelockt, die unser Land bestellen sollten.

Zur Abstimmung gelangte folgende Resolution:

„Die heute in den Sälen des Volksrates zu Elbing tagend-  
von mehr als 2500 Männern und Frauen besuchte Volksveram-  
lung erklärt sich für einen Frieden der Verständigung und für die  
Demokratisierung des Reiches. Sie spricht sich auf das entschiedene  
gegen die Politik der sogenannten Vaterlandsparlei aus, die den  
Krieg verlängern muß und die freihetliche Gestaltung unserer  
öffentlichen Einrichtungen vereiteln will.“

Diese Resolution wurde gegen 5 Stimmen angenommen.  
Mit dieser Zustimmung hat die politisch reife Elbinger Arbeiter-  
schaft und unsere Genossen sich geschlossen hinter Scheidemann  
und die deutsche Sozialdemokratie gestellt. Wir begrüßen diese  
kluge Stellungnahme auf das lebhafteste, nicht zuletzt auch  
deshalb, weil sie sich auch gegen Ansichten einiger wirtschaftlich  
überaus starker Machtpolitiker Elbings richtet.

Die konservative „Elbinger Zeitung“ hebt in ihrem ob-  
jektiv gehaltenen Bericht die Bedeutung der Rede Scheidemanns  
hervor und füllt damit eine ganze Seite ihres großen Formats.  
Auch das ist ein Zeichen der Zeit, das Beachtung verdient.

## Schutz der werdenden Mutter

Der Krieg hat wohl viele Ummwälzungen gebracht, aber  
die Meinungen auf sozialem Gebiet genügend zu klären, ist  
ihm noch nicht gelungen, wie bitter notwendig dies auch wäre.

Wohl schiebt man den Säuglingsschutz jetzt in den Vor-  
dergrund, aber das Uebel wird nicht bei der Wurzel angepackt,  
Tätlich melden uns die Zeitungen, wie groß die Zahl der Tot-  
geburten ist. Sollte man da nicht auf den eigentlich selbstver-  
ständlichen Gedanken kommen, sich zuerst der werdenden Mütter  
anzunehmen? Es muß geschehen, wenn lebensfähige Säug-  
linge geboren werden sollen.

Die Forderungen der Sozialdemokratie sind bekannt und  
müßten, wenn man es wirklich ernst mit dem Säuglingsschutz  
nimmt, auch ihre Verwirklichung finden. Werden jetzt auch  
viele Frauenhände zur Arbeit gebraucht, ein genügender  
Mutterschutz braucht deshalb nicht veräußert zu werden, denn  
noch sind unzählige da, die in der Heimarmer noch nicht mit-  
wirken. Möge man sie heranziehen und unsere werdenden  
Mütter, gleichviel ob ledig oder verheiratet, dafür schützen.  
Es muß aufhören, daß man Frauen in schwangerem Zustande  
in den Schweibereien, an den Drehschnecken, an den Näh-  
und Bohrmaschinen beschäftigt. Seit Anfang des Krieges wurde  
von einzelnen Vereinen werdenden Müttern vom dritten  
Monat der Schwangerschaft an eine Zulage von 3 Mk. pro  
Woche gegeben, leider handelt es sich hier nur um Krieger-  
frauen. Unsere werdenden Mütter müssen die Zeit der Schwan-  
gerschaft erleichtert werden; sie müssen sich des kommenden  
Kindes freuen können wie die Frauen der begüterten Volks-  
klassen. Unterstützt der Staat seine werdenden Mütter, dann  
wird, verbunden mit der Reichsmutterhilfe, schon viel für den  
Säuglingsschutz, dann werden sich auch die Worte bewahrheiten,  
die darunter stehen: „In unsern Kindern liegt Deutschlands  
Zukunft.“

Dazu gehört aber, daß alle Arbeiterinnen mit uns kämpfen  
für diesen geforderten Schutz. Jede Genossin und Arbeiterin  
besuche die Versammlungen, die jetzt veranstaltet werden. Jede  
Genossin muß auch dafür eintreten, daß neue Mitglieder für die  
Partei gewonnen werden, daß unsere Parteizeitung und unsere  
„Gleichheit“ in keiner Arbeiterfamilie fehlen. Geschieht das,  
dann kommt auch nach außen zum Ausdruck, daß es uns ernst  
mit unseren Forderungen ist.

Julie Rähler.

Ihm aber, der ihr diesen Glauben an ihre Weibsmacht  
wieder gegeben, dem sie darum mehr Glück verdankte als all  
den vielen andern zusammen, die ihren abenteuerlichen Weg  
gekreuzt hatten, ihm wollte sie's vergelten mit dem ganzen  
Schatz von Zärtlichkeit, der sich in ihr angesammelt hatte  
während der letzten beiden lieb- und freudlosen Jahre.

Aber, wo blieb er denn nur so lang? Zwei Nummern  
waren schon heruntergepielt, seitdem er weggegangen... bald  
kam sie selbst an die Reihe...

Eine quälende Unruhe verheuchelte ihre Hochgefühle...  
Nur noch zehn Minuten auf Eis. Um Eis mußte sie auf-  
treten... wenn er bis dahin nicht zurück wäre?!

Sie mischte dem Reklamer und fragte mit mühsam be-  
herrschter Erregung: „Telephoniert der Herr immer noch, der  
mit mir spielt?“

„Aber nein, Fräulein, er ist schon vor einer guten Weile  
weggegangen.“

„Sie Harms taumelte wie unter einem Faustschlag...  
„Weggegangen? Das ist ja unmöglich!“

„Wenn ich's doch sage Fräulein.“

„Weggegangen... durchgegangen... ohne zu zahlen!“  
Ein Zechpreller also!“

Des Übers hochmütig blaßes Gesicht verzog sich ganz  
leicht zu höhnischem Lächeln. „Durchaus nicht, Fräulein; der  
Herr wird wohl andere Gründe gehabt haben, so rasch auf-  
zubrechen.“

„Sie Harms fühlte, wie sie unter der Schminke erblühte...  
„Was sehen Sie denn noch da und gaffen nach an?“ schrie sie  
so laut, daß die Nächststehenden vorwurfsvoll herübersehen.

„Sie gehen ja schon... übrigens bin ich nicht schwerhörig,  
Fräulein!“ sagte der Reklamer giftig und lehrte ihr den Rücken.

„Sie Harms aber lag eine Weile wie ohnmächtig in ihren  
Sessel zurückgesunken... fuhr jäh auf, als die Uhr elf zeigte,  
preßte ihr Taschentuch an die Lippen und bestieg mit zitternden  
Knien das Podium.“

Arthur Schubarth (München)

(In der Jugend.)



# Danziger Nachrichten

Heute Mondtag

Ein herrlicher Herbsttag seltener Klarheit geht zur Rüste. Unmäßig tritt Dämmerung auf die müde Stadt. Am Firmament kommen die Sterne herauf. Erst die großen, der Abendstern, der Saturn. Dann die Gestirne der Sternbilder: des „Großen“ und „Kleinen Wagens“ oder des „Großen“ und „Kleinen Bären“, wie sie auch genannt werden. Weiter der Polarstern und so fort, eine unendliche Zahl großer und kleiner Himmelskörper!

Dann steigt mit seinem vollen Gesicht der Mond im Osten über die Dächer. Sein silbernes Licht übergleicht Straßen und Plätze mit hellem Schein, so daß man glaubt, die „hellen Nächte“ der Sonnenwende noch einmal zu erleben. Die Häusergassen sind noch lang, denn der Trabant unserer Mutter Erde steht noch tief am östlichen Horizont. Je mehr er sich dem Zenit nähert, je kürzer werden die Schatten, je heller wird die Nacht.

Auf dem Wasser gleißt und glitzert das Mondlicht in tausend zerfließenden Lichtern. Reis schlagen die Wellen an stille Ufer. Im Park werfen kahle Bäume und Sträucher gespenstige Schatten auf Wege und Rasen. Die gefallen Blätter rascheln dem späten Wanderer unter den Füßen. Herbststimmung.

Gegen Morgen steht der Mond im Westen, bereits verdeckt durch hohe Großstadthäuser. Die Temperatur hat sich bedenklich abgekühlt. Leichtes Reif liegt auf Dächern und Bäumen. Kleine Wasseransammlungen in Rinnstein und Pfützen sind mit einer dünnen Eisschicht bedeckt. Des nahenden Winters Hand ist zu fühlen... Und ein neuer Frühling wartet...

## Herbstfeier der Arbeiterjugend.

Nachmals sei auf die am Sonntag den 11. November, abends 6 Uhr, im Bürgergarten stattfindende Herbstfeier der Danziger Arbeiterjugend hingewiesen. Das Programm ist wieder äußerst reichhaltig gewählt und bringt neben guten Musikvorträgen, Gesänge, Reigen, Rezitationen und zwei neue Hans-Sachs-Schwänke. Näheres ist aus der heutigen Anzeige ersichtlich. Möge auch diesmal unserer Arbeiterjugend ein volles Haus beschieden sein.

## Dinse's Globus-Theater

erfreut sich nach wie vor eines guten Zuspruchs und ist das diesmalige Programm ein ganz aussergewöhnliches. Besonders sind hervorzuheben der Maneuver der Märit Franz Rivolt sowie der beliebte Komiker Walbow. Das Lebensbild „Aus dem Goldland zurück“ unterhält die Besucher aufs Beste. Heute Sonntagabend sowie fernerhin an Wochentagen beginnen die Vorstellungen des reichhaltigen Programms wegen schon um 8 Uhr; Sonntags 7 Uhr. Am Sonntag nachmittag fällt die Nachmittags-Vorstellung wegen Zahlung der Steuernmatterschulden aus und ist nur eine Vorstellung, Anfang 7 Uhr.

Der Bericht über die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins mußte wegen Raum Mangels für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

## Der Nationale Frauendienst

veranstaltet in diesem Winter zweimal monatlich Zusammenkünfte für erwerbstätige Frauen und Mädchen aller Stände. — In diesen „Feierstunden“ sollen die von der Tagesarbeit angestrengten Hausfrauen und jungen Mädchen Anregung für Geist und Herz finden. Jeder Abend beginnt mit

## In der Heide

Vor 100 Jahren erst sind die großen Heer- und Landstraßen gepflastert worden. Vor dieser Zeit unterschieden sie sich von den kleinen Wegen nur durch ihre breite großzügige Anlage. Viele Wagenspuren liefen nebeneinander her. Die Wagenräder der schweren Frachtgespanne, der Train marschierender Truppen hatten die Heidenarbe durchschnitten, weiser Flugand trat zutage, der sich an mehreren Stellen als ange weisse Sandfahnen über die Straße zog und sich stimmungsvoll in die dunkle Heidelandschaft einzeichnete. Dann wurden nebenan neue Wege eingefahren, und die alten erst wieder benutzt, wenn sie mit einer neuen Narbe übermachten waren. Neben den neueren, die Entfernungen kürzenden Kurvenwegen steht man hier und da in abgelegenen Teilen der Lüneburger Heide noch Teile des alten Heerweges, ungeheuer weit bis zu einem Kilometer und wohl vierzig Wagenspuren nebeneinander. Die Kultur vernichtet aber immer mehr die letzten Spuren der alten Straße. In seiner sich uns heute noch ganz vereinzelt zeigenden stolzen Breite macht der alte Weg einen gewaltigen Eindruck. Die Beaufsichtigung von seit der Lehre der Wälder eine ungemein ungenügende.

In den letzten Jahrzehnten ist das Landstraßennetz immer mehr verbessert und vervollkommen worden. Einzelne reiffe haben darin eine sehr nützliche Arbeit verrichtet. Die kleinen Ortschaften miteinander verbindenden Straßen, viel umkante Feldwege und selbst die kleinen Dorfstraßen sind gepflastert worden. — Nur abseits des Verkehrs, in solchen Gebieten, in denen noch die stolze Natur die unumschränkte Herrschaft ausübt, gibt es noch Wege, die von ihrer Ursprünglichkeit nichts eingebüßt haben. Ungeheuer breit und ungepflegt, eine Wagenspur neben der andern. So ungefähr haben über die alten Heerstraßen ausgefahren. Der alte Hauptweg gefahren. Weiser Sand quirlt hervor. Ist die Wagenspur zu schwer, so wird neben dem alten, ausgefahrenen Wege ein neuer benutzt. Die harte Heidenarbe widersteht länger Zeit dem Druck der Räder.

Einen eigenartigen Reiz gewährt eine Wanderung auf diesem alten Heideweg. Die ungeheure Breite erinnert an die alten Straßen, die nach obrigkeitlicher Verordnung so breit sein mußten, daß drei nebeneinander fahrende Wagen ebenso vielen entgegenkommenden Gespannen ausbiegen konnten. Außerdem stante ein von der Mitte des Weges nach beiden Richtungen geworfener faulstücker Stein die Breite der Anlage. In beiden Seiten bilden weiße Birken die Wegeweiser. So ist öfter der Heideweg, daß doppelte Birkenreihen an jeder

einem kurzen Bericht über unsere augenblicklichen Kämpfe an den Grenzen, daran lassen Besprechungen über praktische Lebensfragen: Kriegsstoff, Kinderpflege und Berufswahl stattfinden. Lichtbilder vorgetragen, Musik, Dichtung, auch heitere Art werden den Abgang jeder Veranstaltung bilden. — Der erste Abend findet Mittwoch den 14. November statt, wozu Näheres im heutigen Anzeigenfeld zu erfahren ist.

E. P. Hell wird am 15. d. Mts. über die Aufgaben der Städte bei der Ausgestaltung der Kriegerheimstätten einen öffentlichen Vortrag halten, zu dem heute durch Anzeige in unserm Blatte aufmerksam gemacht wird.

## Erhöhung der Löhntungs- und Unterhaltungsätze

Die Löhntung der Soldaten und die ihren Angehörigen zugehörige Unterhaltung haben durch die ungeheure Preissteigerung auf allen Gebieten eine rapide Entwertung erlitten. Ihre Kaufkraft sinkt von Tag zu Tag. Darum hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wiederholt und teilweise mit Erfolg auf ihre Erhöhung gedrungen, und auch in seiner letzten Tagung hat der Reichstag auf diesem Gebiete eine Reihe neuer Anforderungen gestellt. Eine davon ist soeben vom Bundesrat erledigt worden, und zwar leider in ziemlich unzureichender Form. Die Unterhaltungsätze für Kriegerfamilien werden ab 1. November erhöht, aber nicht in dem Maße, wie es der Reichstag gewünscht hat.

Die neue Bundesratsverordnung vom 2. November besagt: „Die Versorgungszurück sind verpflichtet, aus ihren Mitteln eine Erhöhung der bis zum 1. Oktober 1917 gezahlten Familienunterstützungen eintreten zu lassen, die spätestens vom 1. November 1917 an zu gewähren und deren Betrag je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist. Bis zum Betrage von fünf Mark für jeden Unterstügten werden die seit dem 1. November 1917 gewährten Erhöhungen der Unterstügungen vom Reich erstattet, und zwar zur Hälfte allmonatlich, zur Hälfte zusammen mit der Erstattung der gesetzlichen Mindestbeträge.“

Der Reichstag hatte eine Erhöhung der Sätze für Ehefrauen von 20 auf 30 Mk. und für sonstige Angehörige von 10 auf 15 Mk. verlangt. Die sozialdemokratische Fraktion forderte außerdem einen Gemeindezuschuß von mindestens 50 Prozent, welche Forderung jedoch leider abgelehnt wurde. Der Bundesrat hat nun die Forderung einer allgemeinen Erhöhung abgelehnt und die Aufbesserungen in das Belieben der Gemeinden (Versorgungsverbände) gestellt.

Erleichtert werden soll den Gemeinden der Entschluß dadurch, daß ihnen die Mehraufwendungen bis zur Höhe von 5 Mk. für jeden Unterstügten vom Reich rückvergütet werden. Es ist daher von jeder Gemeinde zu verlangen, daß sie ihren Zuschuß für jeden unterstützungsberechtigten Angehörigen mindestens um 5 Mk. erhöht. Dies wird aber in vielen Fällen noch nicht genügen; die Gemeinden müssen auch aus eigenen Mitteln etwas dazu tun, daß den Frauen und Kindern unserer Feldgrauen das Notwendige zum Lebensunterhalt gesichert wird.

## Großer Arbeitnehmerschuss

Der Große Arbeitnehmerschuss für Ernährungsfragen hatte wiederum eine mehrstündige Sitzung im weißen Saale des Rathauses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters, in der eine Reihe wichtiger Punkte der Ernährung behandelt wurden. Stadtrat Dr. Grünspan gab einleitend einen Überblick über die im letzten Monat getroffenen und in Aussicht genommenen Maßnahmen. Das Brot konnte man in bisheriger Menge weiter liefern, weil das Mehl der neuen Ernte mehr Brot gibt, wie das der vorigen Ernte. Aus 100 Gramm Mehl kann man 138 Gramm Brot herstellen, gegen 133 des Vorjahres. Vorteilhaft sei das Austauschen der Fleischkarte

gegen eine Karte auf Mählenerzeugnisse. Man hoffe Mählenerzeugnisse auch für Kinder im Alter von 12—16 Jahren ausgeben zu können. Die Anlieferung von Kartoffeln ist noch nicht befristet. Die Zusammenfassung der Milchlieferung hat etwa 3000 Liter mehr Milch an die Öffentlichkeit gebracht, die bisher im Schleichhandel verborgen wurden. Ein Geschäft gewann aus der Milch heimlich 1 Zentner Butter täglich, die auch verschwand. Den Quart wollte man auch auf die Käsekarte geben. Die Stadt werde weiter an Stelle der Butter eine entsprechend größere Menge Käse erhalten und ihn dann auf die Butterkarte abgeben. Mit der Gemüseversorgung gehe es noch nicht gut. Die Brutenernte ist schlechter, wie im Vorjahre. Man prüfe die Frage, ob es zu empfehlen sei, das Vorbestellen von Waren auf dem Wochenmarkt zu verbieten, weil das Umhängen begünstigt. Mit einer Zudeckungssteigerung von 10—12 Pf. das Pfund werde man sich behaupten. Die Kundenanmeldung und die Nahrungsstarke hat sich bewährt. Es verschwindet jetzt nicht so viel Ware wie früher. Die Durchfütterung der Pferde mache der Stadt Sorgen. Durch das städtische Fuhramt sollen alle Pferdekräfte der Stadt nutzbar gemacht werden. Von den neuen Schuharten hat die Stadt 80 000 Stück bestellt. 10 000 Stück werden in den nächsten Tagen eintreffen.

Stadtrat Schwarz berichtet dann über die Kohlenversorgung. Die Brennstoffarten sind ausgegeben. Er empfehle denjenigen Personen, die Wünsche haben, sie schriftlich anzubringen, weil man sich dadurch das für beide Teile unangenehme lange Warten spart. Die Kontrolle der Kohlenvorräte werde demnächst beginnen. Beamte werden die Haushaltungen aufsuchen und dabei von zwei Herren begleitet sein, die sich in dem Beirat von 14 Personen zur Verfügung gestellt haben. Der Aufforderung, von dem übermäßigen Vorrat abzugeben, ist erst ganz vereinzelt entsprochen worden. Die Brennstoffkarten sind aber mehrfach von solchen Personen abgeliefert worden, die einen Kohlenvorrat besitzen.

In der anschließenden Debatte wurden Mißstände bei der Kohlenversorgung vorgebracht und scharf kritisiert. Gewünscht wurde auch, daß die Kohlengeschäfte in der Mittagsstunde und Abends geöffnet sein sollen, damit es den auf Arbeit gehenden Frauen und Männern möglich gemacht werde, sich ihre Kohlen zu holen.

Die Kartoffelfrage zeitigte eine ausgiebige Aussprache. Sie führte zu der Erklärung des Dr. Grünspan, daß schlechte Kartoffeln von der Kartoffelstelle als Viehfutter angenommen und dafür Kartoffelmärkte ausgegeben werden. Vorher wurden vom Genossen Gehl von 7 Pfund Kartoffeln 2 Pfund schlechte auf den Tisch des Hauses niedergelegt und verlangt, daß die Kartoffelmenge erhöht werde. Er wies an Hand von Zahlen die Möglichkeit nach. Außerdem wünschte er die Rationierung von Gemüse und Obst. Von anderen Rednern wurde noch über die Versorgung mit Milch und Schuhwaren gesprochen und Wünsche vorgebracht.

## Bessere Gemüseversorgung?

Die Versorgung mit Gemüse ist nichts weniger, wie einwandfrei. Auch in der letzten Sitzung des Arbeitnehmerschusses wurde diese Frage laut. Die Preise für Gemüse sind ungewöhnlich hoch. Die den Gemüsemarkt entlastende Kartoffel ist reichlich vorhanden. Daß es überhaupt kein Gemüse mehr gibt, wird niemand behaupten. Alle Ausreden sind genommen. Das Gemüse kommt spärlicher auf den Markt als es sein müßte, wenn nicht Spekulationsgründe vorlägen. Auslandsgemüse zu ungeheuerlichen Preisen, Pfund Weißkohl zu 25 Pf., war öfter auf dem Markt zu sehen. Die Schleichhändler finden in diesen Ueberpreisen einen Anhalt für

Seite den Weg besäumen. In dunklen Nächten und wenn im Winter die schützende Schneedecke über der Landschaft ausgebreitet liegt, zeigen die weißen Birkenreihen dem Wanderer den rechten Weg. Es ist gefährlich, vom Wege abzukommen: weite Morre und Brüche liegen am Heideweg. Die Silberhalme des Schilfes flackern wie Irrlichter, und die Moorfrauen mit ihren langwallenden weißen Schleiern führen ihre lautlosen Reigen auf und laden den Verirrten. Ohne Birkenanpflanzung verschwindet und vermischt sich im Dunkel der Nacht und unter Schnee der Weg in der Landschaft.

Der Sturm und der harte Frost haben ganze Birkenreihen vernichtet; man hat es nicht so eilig mit der Neuanpflanzung. Nur wenn ein Wanderer wegen der fehlenden Birkenwegeweiser vom Wege abgekommen ist und im wilden Moor in großer Lebensgefahr geschwebt hat, entschließt sich erst die zur Unterhaltung der Straße verpflichtete Gemeinde, die fehlenden Birken durch Neuanpflanzung zu ersetzen.

Schon sind auch die Wälder durchschneidenden, die einzelnen Ortschaften miteinander verbindenden Heidewege. Die Birken als Wegeweiser fallen hier fort. Die Heide hat die ganze Straße erobert. Nur der hartgetretene Fußsteig zieht sich wie ein schmales weißes Band über den Weg. Die Wagenräder haben die Heidenarbe durchschnitten, aber selbst in der Mitte des von den Hufen der Pferde und von den Rädern nicht berührten Weges wuchert Heidekraut hervor. Wacholder stehen Posten. Eine schone Eiche und eine stolze Tanne stehen immer da, wo sie sich zur Geltung bringen. Birken überall. Sie geben der dunklen Tönung eine freundliche Note. Besonders reizvoll werden die Wege, wenn sie aus dem Grün der Saatbreiten in die Wälder führen, und wenn Moor, Bruch und weite Heiden sie besäumen. Dann fehlen nie die Birken als Wegeweiser. Immer größer werden die Ausmaße. Die Besitzer der die Straße besäumenden ungeheuren Gebiete haben kein Verlangen, durch Schmälerung der Wegenlage ihren Besitz zu vergrößern. Nach zweifelhaftem Marsch freut man sich zum zweiten Male, wenn aus dem Duffer der Moore, Brüche, Heiden und Waldwälder die grünen Acker und Wiesen des nächsten Dorfes sich von weitem abzeichnen und eine neue Farbenförmung sich zur Geltung bringt.

Und nun erst die Kleinnäherie auf diesen verschwiegenen, so einsamen Heidewegen. Anallotke Fliegenpilze stehen am Rande, Stein-, Birken-, Maronenpilze besäumen den Weg. Die Flora des Heideweges zeigt zu jeder Jahreszeit ein wechselndes Bild. Grasnelke, Sandsegge, die blaue Glockenblume und viele andere der Heide eigenartige Blumen schmücken die Anlage. Nach sechs Wochen wieder wechseln Blumenpracht. Und die verpöbelten Blumen, die den An-

schluß an ihre Artgenossen verpaßt haben. Aber genau achten muß man, nur dem für die Schönheit der Heide geschärften Auge kommen diese feinen Unterschiede zum Bewußtsein. Die kleinen zarten Blumen sind so bescheiden, sie drängen sich nicht auf. Einzelne kleine Blüten, wie z. B. die Glockenblume, stehen zu jeder Zeit im Bilde. Die Flora des ausgehenden Sommers ist wieder verschoben von den letzten Blumen des Herbstes, die den Feld- und Heideweg schmücken. Und wenn im Winter die Schneedecke auf dem Heideweg liegt und die Schneemassen die Zweige der Wegebäume niederdrücken, schön ist die Straße zu jeder Jahreszeit.

Heimchen geigen am Wege, Käfer burren im Strauchwerk, buntschillernde große fette Arten laufen über den hellen Fußsteig. Habichte und Bussarde freisen in den Büschen. Hat der Wanderer Zeit und macht einige Schleifen abseits vom Wege, so sieht er wohl eine Kreuzotter sich auf blander Heide sonnen oder er sieht einen Wirtshahn abstreichen. „Immentine“ fesseln seine Aufmerksamkeit und vor alten Schafställen bleibt er stehen. Ein Rehbock durchreißt die Heide, er sucht die Waldschönung auf. Die Vögel fliegen von Baum zu Baum, von einer Birkenzeile zur andern. Die im Aether schwimmende Heibelerche, Buchfink, Heibepieper und Goldhähnchen haben ihr feines Lied abgestimmt, die auf einer hohen Kiefer sitzende Wildtaube spielt die Baßgeige. In der Harmonie der Töne bringen nur die krächzenden Raben Dissonanzen. Und doch: wenn in den Abendstunden es immer stiller in der Heide wird, die Vögel aufhören zu singen und das Bild seine heimlichen Verstecke aufsucht, dann bleibt der Wanderer wohl stehen und horcht scharf auf, ob wohl ein Geräusch zu ihm dringt, und wenn dann die schwarzen Vögel des Wälders, Mauerlärm in der Ferne schreien, so ist dieser Ruf nichts weniger als unangenehm, denn die stille, tote Natur verurteilt heimliches Unbehagen, Klang und Gesang bringen ihre Erfüllung.

Eine weite, unberührte Natur. Zwischen Gifhorn, Gellersleben und Spradenfeld-Wittingen liegen riesige Moore, Brüche, Sumpfbereiden und Wälder. Hier findet man noch die alten, breiten, unveränderten Heidewege. Zwischen Wahrenholz und Groß-Desingen sollte man einen zweiten Naturschutzpark der Lüneburger Heide ins Leben rufen. Noch ist es Zeit.

Die Eindrücke der gewaltigen unberührten Natur werden noch längere Zeit in dem Besucher nachklingen, vor allem wird es ihm auch der alte Heideweg, der vom Dorfe Groß-Desingen über das Leichgut nach Wahrenholz führt, antun; er nimmt sich vor, seinen Besuch recht bald zu wiederholen, damit der alte Weg ihm noch manche seiner vielen Geheimnisse anvertraut.



Ihre Preisforderungen. Bei Gemüse handelt es sich um den Markt, gehen die Verbraucher hinaus auf den Markt und zahlen nun weit über den Höchstpreis auch für das Gemüse. Die Erzeuger lassen sich das natürlich gerne gefallen. Die Lieferungsverträge, die die Gemeinden mit den Erzeugern abgeschlossen haben und von denen sich die Verbraucherorganisationen von vornherein nicht versprochen werden unter Ausbleiben nicht erfüllt. Die Behörden lassen und zögern und greifen nicht kräftig zu. Man sollte aber nicht auf Redensarten und Drohungen hören, sondern in der Ernährungsfrage nur einen Gesichtspunkt unerschütterlich im Auge behalten, nämlich das deutsche Volk ausreichend zu füttern. Die Möglichkeit dazu ist vorhanden. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat längst verlangt, daß die notwendigen Nahrungsmittel beschlagnahmt und dann der menschlichen Ernährung zu Höchstpreisen zugeführt werden. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst oder die Provinzialstelle sollte auch jetzt noch die ganze Gemüseernte der Provinz als beschlagnahmt erklären und dann vermaßen. Den Erzeugern sollte man gestatten, ihren vollen Beitrag an menschlicher Ernährung vorweg zu bedenken. Der Rest dürfte, des Schleichhandels wegen, nicht an Händler und Verbraucher, sondern nur an Gemeinden zu Höchstpreisen verkauft werden. Den Gemeinden bliebe dann die weitere Verteilung des Gemüses überlassen. In Danzig könnte der Großmarkt mit dem weiteren Verkauf an Verbraucher und Händler betraut werden. Auf diesem Wege würden wir zu einer angemessenen Versorgung mit Gemüse kommen, besonders, wenn die ländlichen Behörden bei Bedarf kräftig mithelfen, die Gesetze zu erfüllen.

Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat sich in Danzig kundgegeben, wie sich die dort eingeführte Gemüse- und Obststeuer bewährt. Die Antwort lautet: sehr gut und empfehlenswert für alle Städte. Man wird sich also grundsätzlich für die Zuteilung erklären können. Der Magistrat wird diese Frage auf ihre Zweckmäßigkeit hin zu prüfen haben.

#### Genüßmehl eine Verschwendung von Arbeitskraft

Wenn wir dem Mangel an Gegenständen des täglichen Bedarfs nachgehen, so finden wir fast immer als einen der Gründe die Knappheit an Arbeitskräften. Auf der anderen Seite finden wir fortgesetzt eine Verschwendung dieser Kräfte. Wir brauchen nur an das Gebiet von Luxus und Genüß zu denken. Wir beklagen uns über Mangel an Gemüse und dabei ist die kindige Spekulation damit beschäftigt, das Gemüse aufzukaufen, um es uns dann unerhört verteuert in Form von Gemüßmehl zu verkaufen. Das Gemüse wird am besten in frischem Zustande gegessen. In dieser Form wird es uns aber entzogen, nur um zuvor Kriegsgewinne zu machen. Es wäre Sache des Kriegsamts, hier einzugreifen und nötigenfalls unnötige Betriebe zu verbieten.

#### Unentgeltlicher Obstverkauf

Die Klagen über rückfällige Abschaltung der Höchstpreise durch Händler wollen nicht verstummen. Eine ganz arge Erfahrung mußte einer unserer Freunde in dieser Hinsicht wieder Sonnabend machen. Eine Händlerin ließ sich fortgesetzt für ganz unannehmliche Äpfel das Pfund mit 1 Mark bezahlen. Für gutes Tafelobst beträgt der Höchstpreis aber nur 72 Pf. Als der Genosse die Händlerin auf den viel zu hohen Preis aufmerksam machte, erhielt er eine sehr unfreundliche Antwort. Ein in ihrer Begleitung befindlicher junger Mann bedrohte den Richter sogar mit Listigkeiten. Leider hatte unser Freund nicht genügend Zeit, um einen Polizeibeamten zu rufen und durch ihn den Verkehr zu verhindern. Die Käuferinnen zeigten sich auch in diesem Falle so eingeschüchtert durch die Händler, daß sie nicht nur selber keinen Widerspruch wagten, sondern auch dem Einspruch des Genossen verständnislos gegenüberstanden. Solche Erfahrungen sind der beste Beweis für die unbedingte Notwendigkeit eines strengen städtischen Schutzes der Käufer. Die Händler sind deshalb häufig die Angeze gegen die zu viel fordernden Händler, weil sie sich durch Zahlung höherer Preise selbst strafbar machen. In der Not hat eben mancher, um nur überhaupt etwas zu bekommen, sogar schon froh sein müssen, zu hohen Preisen zahlen zu dürfen! Für diese Verhältnisse müßte die Befreiung der Zahlung, die zum besten Schutz der Marktsucher geworden ist, aufgehoben werden.

#### Selbstbedienung mit Kartoffeln

Bei der letzten Sitzung des Arbeitnervenausschusses wurde mitgeteilt, daß der Magistrat in Wilhelmshaven die Bevölkerung durch die Presse fortgesetzt ermuntere, sich so gut wie möglich mit Kartoffeln einzudecken. Er solle gleichzeitig nach Kräften für Anfuhrmöglichkeiten. Unter anderem stehen auch die Wohnraumverhältnisse für diesen Zweck zur Verfügung. Die Kartoffeln werden den Verbrauchern vor die Tür gefahren. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß sich in Danzig für die Selbstbedienung der Familien manche Schwierigkeiten ergeben. Ein Verbraucher kann deshalb keine Kartoffeln erhalten, weil er keine Sack befähigt. Von manchen Landreisen werde der Selbstbedienung der Verbraucher Schwierigkeiten bereitet. Der Kreis Danziger Höhe solle Anfuhreremissionen nicht mehr geben und es soll sogar die Durchfuhr von Kartoffeln aus dem Kreis Karthaus in Ohra verweigert werden. Von anderer Seite wurde empfohlen, alle Fuhrwerke in Danzig und in den Landreisen in den nächsten Wochen zur Anfuhr von Kartoffeln heranzuziehen. Keine Anfuhreremissionen dürfe mehr bewilligt werden. Oberbürgermeister Schölk erklärte an, daß die Kartoffelversorgung eine ernste Frage und schwierig sei. Die Stadt sei erst mit 16—17 000 Zentnern eingedeckt. Stadtrat Schwarz stellte mit, daß die Kartoffeln aus dem Kreis Schwab mit dem Dampfer auf der Weichsel nach Danzig befördert werden.

#### Preisangabe in den Schaufenstern

In einer landwirtschaftlichen Organisation in Berlin wurde folgende Forderung, daß in den Schaufenstern die Preise der ausgelegten Waren angegeben werden. Die dem Bunde haben auch die Beauftragten der Preisprüfungsstelle in Danzig Ausdruck gegeben. Ebenso wurde gewünscht, daß an den Schaufenstern die Preise der ausgelegten Waren angegeben werden. Das wäre nicht nur eine Erleichterung für die kaufende Bevölkerung, sondern würde auch übermäßigen Preisver-

suchen entgegenwirken. Preisüberhöhrungen wären leicht feststellbar und auf der anderen Seite müßte die Bevölkerung, zu welchem Preise sie die Ware kaufen kann.

\* 500 000 Anzüge für heimkehrende Krieger. Die Reichsbevollmächtigte hat in den Kreis Ohra eine Mitteilung gemacht, daß dem Heide heimkehrenden Krieger einbezogen. Im Reichsausschuß für das deutsche Schneidergewerbe wurde mitgeteilt, daß demnachst den Schneidern „Reichsanzüge“ in Auftrag gegeben werden. Bekanntlich hat die Reichsbekleidungsstelle bisher 800 000 Stille- und Unterleider herstellen lassen, die durch die Kommunen an die unermittelte Bevölkerung zu billigen Preisen abgegeben werden. Nunmehr werden neuerdings 500 000 Anzüge in Auftrag gegeben, die aus neuen Stoffen hergestellt werden und an die heimkehrenden Krieger zur Verteilung gelangen sollen. Die Preise sollen möglichst billig gehalten sein, und es schweben gegenwärtig Verhandlungen darüber, daß die Reichsanstalten einen Beitrag zum Ankauf der nötigen Stoffe leisten, um den Kaufpreis auf diese Weise so niedrig als möglich zu gestalten.

\* Genossenschaftliche Entwicklung. Der Leipziger Konsumverein hat in seinem letzten am 30. Juni abgeschlossenen Geschäftsjahr einen Umsatz von 26 Millionen Mark erzielt, wobei ein Reinertrag von 1,2 Millionen Mark übrig blieb. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Geschäftsjahres 69 000. Die Einnahmen in der Sparkasse stiegen von 2,8 Millionen am Jahresanfang auf 3,4 Millionen am Jahresende. Die Produktivbetriebe der Genossenschaft haben gut weitergearbeitet; die große Schlächterei liefert gegenwärtig u. a. für 60 Munitionsfabriken, mehrere Eisenbahnämter und drei Oberpostdirektionen.

\* Verheiratung bei der Marine. Der Staatssekretär des Reichs-Marineamtes macht bekannt, daß Mannschaften der Kaiserlichen Marine, die ihrer aktiven Dienstpflicht genügt haben, infolge des Krieges aber nicht entlassen worden sind, und Unteroffiziere, mit denen nicht weiter kapituliert wird, die also bei der Demobilisierung zur Entlassung kommen, ebenso wie die Mannschaften des Beurlaubtenstandes zur Verheiratung keinerlei Erlaubnis der Dienstvorschriften bedürfen. Diesen Mannschaften wird vom Stamm-Marineamt ein Ausweis für die Standesämter ausgestellt, daß sie zu ihrer Verheiratung einer militärischen Heiratsverlaubnis nicht bedürfen.

#### Beschlagnahme von Kunstwolle

Das Generalkommando macht in einer Anzeige in dieser Nummer bekannt, daß die bisherigen Ausnahmen bei der Beschlagnahme von Kunstwolle, Zwirn- und Stoffabfällen vom 6. November ab in Fortfall kommen.

## Die Presse als Führerin!

Mehr als jemals braucht die Masse der Arbeitenden jetzt ein Organ, das, so gut es die Verhältnisse gestatten, ihr Belehrer, Führer und Verteidiger ist.

In noch höherem Maße wird das, der Fall sein, wenn nach dem Kriege eine ungeheure Menge der wichtigsten Aufgaben zu lösen sind.

Schafft darum unablässig neue Leser!

## Aus Westpreußen

#### Die ägyptische Finsternis in Ohra

nimmt kein Ende. Die Gemeinde hat Anspruch auf 2000 Liter Petroleum. Die Verteilung scheitert aber daran, daß die Firma Runde, die die Anfuhr übernommen hat, nicht liefert. Die Firma Runde erklärte auf eine Anfrage eines Genossen, sie habe keinen Auftrag. Wir erwarten sofortige Abhilfe. Nachdem auch das Kriegsamt Danzig dem Reichsstofflenkommissar klar gemacht hat, daß Ohra unbedingt Kohlen braucht, hat der gute Mann vor etwa drei Wochen die Verladung von 4000 Zentnern Steinkohlen angezeigt. Sie sind in Ohra noch nicht angekommen, deshalb sucht der Landrat, Herr von Unger, durch persönliches Verhandeln mit der Reichsstofflenstelle Kohlen herbeizuschaffen. Zwei Waggon Holz liegen bei der Station Lubichow verladen. Der Wagenmangel verzögert die Herbeischaffung. Um auch kleinere Mengen Holz verkaufen zu können, soll es nach Gemüht verkauft werden. Der Preis stellt sich auf etwa 3 Pfg. für ein Pfund.

Ein großer Teil der Einwohner hat sich mit Winterkartoffeln verlor. Die Gemeinde muß noch etwa 7000 Zentner einkellern. Gelingt es im Boltengang und an der Wallau brauchbare Keller zu beschaffen, sollen auch hier Kartoffeln eingeführt und verkauft werden.

Es wurde ferner beschlossen 200—300 Zentner Sauerholz und 1500 Zentner Weiden anzukaufen. Für Pferdehalter stehen 239 Zentner Heu zu Verfügung. Hafer ist nirgends zu haben.

Vom 3. November ab soll Ohra mit Nährmitteln usw. von Danzig versorgt werden. Bisher ist in dieser Angelegenheit herzlich wenig geschehen.

#### Ihr Kind muß in den Kinderhort

In Bürgerwiesen ist ein Kinderhort eingerichtet, den der vaterländische Frauenverein unterhält und in dem Kinder solcher Mütter aufgenommen werden, die den Tag über auf Arbeit gehen. Die Arbeiterfrau Auguste R. in Bürgerwiesen hatte ihre Kinder in diesem Hort, und als sie ihre Arbeitsfreie aufgab, wurden die Kinder in den Hort nicht mehr aufgenommen. Die Frau wollte nun die Aufnahme der Kinder erzwingen und ging hin, um dies zu erreichen. Die leitende Dame lehnte die Aufnahme ab und wurde nun von der erregten Frau beschimpft. Als der Rast hinzukam und Ruhe gebot, wurde auch er beleidigt und mit einer Eßgabel geschlagen, wobei ihm das Gesicht verletzt wurde. Für diesen Kampf um den Kinderhort erhielt die Frau 2 Monate Gefängnis wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Beleidigung. — Die Frau hat sich freilich strafbar gemacht, aber der Anlaß dazu hätte vermieden werden können. Wenn die Mutter es für notwendig hält, ihr Kind in den Kinderhort zu

geben, dann hätte die Aufnahme nicht verweigert werden sollen, denn die Mutter hatte nur vorübergehend ihre Aufsicht aufgegeben. Bei etwas Eingekommen hätte die Fall vermieden werden können.

Der Mangel an kleineren Wohnungen in Ohra nimmt immer größer und wächst sich zur öffentlichen Notwendigkeit. Deshalb berührt es peinlich, daß das große Wohnhaus, dem früheren Hoeneschen Park, noch immer unbewohnt ist. Man könnte ohne Schwierigkeiten eine Reihe von kleineren Wohnungen hergestellt werden. Das wäre eine Last für die Erbkassern. Wir erwarten von dem Herrn Anwohner in Ohra, daß er bei dem Magistrat der Stadt Danzig hierüber vorstellig wird, und daß dieser der Anregung nachkommt.

Vom Zug überfahren und getötet wurde in Ohra ein Unteroffizier. In seinen Kleidern fand man 16 Mark b. Geld und einen Zettel mit der Aufschrift Paul Schulz, Cb. Koppel und Seitengewehr fehlten. Anscheinend liegt Selbstmord vor.

Einen phantastischen Gerichtsbericht brachten die „Danziger Neuesten Nachrichten“ über die Verhandlung gegen Witwe Schulz aus Ohra. Dem Verfasser des Berichts ist die Phantasie durchgegangen, denn nicht einmal die Tatsachen sind richtig wiedergegeben. Die Witwe ist nicht wieder vorbestraft. In dem Tage, an dem sich die Prügelei ereignete, demokratisierte Kischewski zunächst seiner Flurnachbarn zu und Fenster, wofür er 14 Tage Gefängnis erhielt. Wegen Mißhandlung der Frau Schulz ist ebenfalls Anzeige erstattet worden. Die Verhandlung mußte damals vertagt werden wegen des Urteils ist Berufung eingelegt worden.

Karthaus. Der Ausgang der Glogden-Rebellion zu einer scharfen Maßnahme hat sich der Landrat des Kreises Karthaus gegen die katholischen Kirchengemeinden Gierkowisch Brodnieh veranlaßt gesehen. Er macht hierüber bekannt:

„Nachdem ich meiner Hinweis in Nummer 60, 72 und des „Kreisblattes“ die gestohlenen Kirchenglocken — zwei in Gierkowisch, eine in Brodnieh — nicht zu ermitteln waren, habe ich jetzt die noch vorhandenen Glocken aus den katholischen Kirchen Gierkowisch und Brodnieh durch Glogden-Ausbauführer ausförmlich lassen. Die beiden Kirchen haben zurzeit nicht eine einzige Kirchenglocke. Ich habe bis zum letzten Augenblick gehofft, daß Anwendung dieser beschämenden Maßnahme, mit der ich über Monate gewartet habe, nicht nötig werden würde.“

Es ist für Kenner der Kulturzustände der Kaschubei unendlich, daß es selbst dem hoch gewiß nachdrücklich geltend gemachten Einfluß der katholischen Geistlichkeit nicht möglich war, die Rückgabe der Glocken zu veranlassen.

#### Elbing

Die nächste Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, in der Genosse Gehl über die Verhandlungen des Märzburger Parteitages Bericht erstatten wird, findet Donnerstag den 15. November, abends 8 Uhr, im Wollhaushaus statt. Die Versammlung wird auch zu den Statutenverordneten wahlen Stellung nehmen.

## Aus aller Welt

— Im D-Zug um 12 000 Mark bestohlen. Ein unangenehmer Abenteuer hat ein Herr, der vorübergehend in Berlin zu tun hat, auf der Eisenbahnfahrt von Berlin nach Westfalen erlebt. Der Herr lernte hier eine junge Dame kennen und lud sie zu einer Tasse Kaffee ein. Im Laufe der Unterhaltung erzählte die Dame, die sich Filmhauspielerin bezeichnete, sie sei eben im Begriff nach Duisburg zu fahren. Da der Herr zur Rückreise in die Heimat den gleichen benutzen wollte, wurde beschlossen, die Reise gemeinsam zu unternehmen. Unterwegs bot die Dame dem Reiseführer, der er war, an, sich in ihrer Schlafkabine etwas auszurufen. Während der Fahrt schloß sich die Reiseführerin, ohne das er etwas in die Kabine ein, stahl ihm die Brieftasche mit 12 000 Mark und schwand damit. Als der Bestohlene erwachte, hatte die Diebin den Zug bereits verlassen.

## Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

- Heft 14. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von C. Jor.
- Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von J. Martuse.
- Heft 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Kewald.
- Heft 17. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Dr. Christeller. Mit zahlreichen Illustrationen.
- Heft 18. Der Geschlechtsstrib. Von Eduard Bernfeld.
- Heft 19. Die Krankenpflege im Hause. Von Joh. Ranter-Mohr.
- Heft 20. Die Proletariatskrankheit, ihre Entstehung und Verbreitung. Verhütung und Heilung. Von Dr. Jabel-Berlin.
- Heft 21. Hygienische Gymnastik. Von Otto Rühle. Mit zahlreichen Illustrationen.
- Heft 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. B. Chajes-Berlin.
- Heft 23. Wie helfen wir uns vor Herzkrankheiten? Von Dr. E. Rehm.
- Heft 24. Die Hygiene der Arbeiterwohnung. Von Hugo H. Hamburg.
- Heft 25. Die Schmarotzer des Menschen. Von Dr. A. Lipshütz.
- Heft 26. Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens. Von Dr. Silberstein.
- Heft 27. Sport und Arbeiter. Von Dr. Silberstein.
- Heft 28. Die Jahre der Geschlechtsreife. Von Dr. Pöppel-Deipzig.
- Heft 29. Volksernährung. Von Dr. Jolian Martuse.
- Heft 30. Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für Beruf. Von Dr. Jabel-Berlin.
- Heft 31. Die Berufskrankheiten der Buchdrucker. Von Dr. Silberstein.
- Heft 32. Die Arzneimittel und ihre Verwendung. Von Dr. A. Lipshütz.
- Heft 33. Das Auge und seine Erkrankungen. Von Dr. W. Seelg.
- Heft 34. Die Berufskrankheiten d. Gasarbeiter. Von Dr. W. H. Hamburg.
- Heft 35. Die Berufskrankheiten der Schneider und Textilarbeiter. Von Dozent Dr. Großhahn.
- Heft 36. Die Berufskrankheiten der Maurer und Bauarbeiter. Dr. med. E. Theising-Magdeburg.
- Heft 37. Die Krebskrankheit. Von Dr. J. Jabel jr.-Berlin.
- Heft 38. Unsere Genußmittel. Von Dr. A. Lipshütz.
- Heft 39. Die Berufskrankheiten der Maler, Anstreicher und Lackier. Von Albert Fleck.
- Heft 40. Die Berufskrankheiten der Landarbeiter. Von Dr. Grün.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig

Gute Ausgabe auf holzfreiem Papier jedes Heft 50 Pfg. Die Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.

Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und einzeln käuflich.

Wo es der Inhalt erfordert, sind Abbildungen beigegeben.

Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradise...



## Christlich-nationale Währungsreform

Im letzten erschienenen Novemberheft der „Deutschen Arbeit“, Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, wendet sich der Herausgeber Franz Köber sehr scharf gegen die Art, wie man die verpöbte Währungsreform durchführt. Was geschieht bei der Währungsreform? Man hat sich nicht mit der Währungsreform beschäftigt, man hat sich nicht mit der Währungsreform beschäftigt, man hat sich nicht mit der Währungsreform beschäftigt.

Es steht nicht ein, weshalb nicht jetzt schon aufgedeckt wird, was die Währungsreform für die arbeitenden Klassen und Klassenprivilegien bedeutet. Die Währungsreform ist eine Währungsreform, die die Währungsreform ist eine Währungsreform, die die Währungsreform ist eine Währungsreform.

In einem Aufsatz über die Lohnfragen im Krieges weist dann Theodor Brauer mit Nachdruck auf die schmerzhaften Verluste hin, gegen das Bestreben der Arbeiter nach Lohnaufbesserung die Bestimmungen des Straßengesetzes über Erpressung und dergleichen zu durchsetzen. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß ein Teil der „angesehenen“ Presse sich gar keine Mühe mehr gebe, den wirklichen Verhältnissen auf den Grund zu gehen, sondern den Anklagen gegen die „unerbittliche“ Arbeiterbewegung ungeprüft lauten lassen solle, während die Gegenseite der Arbeiter kaum Gehör fände.

## Der Streit im Zentrum

Die Gegensätze im Zentrum offenbaren sich jetzt in ihrer vollen Schärfe bei der Frage: Für oder gegen die Vaterlandspartei? Und zwar ist der Streit um die Kriegsziele sowohl wie um die Neuordnung der Stimmen mehrten sich, die den Beschluß des Reichsausschusses der Zentrumspartei gegen die Vaterlandspartei ablehnen und sich ihm überlegen. Nachdem der westfälische Zentrumsführer Graf Stolberg-Bellheim aufgefordert hat, der Vaterlandspartei trotz des Beschlusses beizutreten, bringt das „Düsseldorfer Tageblatt“ abermals eine Zurechtweisung des Reichsausschusses als mit dem Recht der freien Meinungsäußerung nicht im Einklang stehend bezeichnet. In dem Artikel (Nr. 304) heißt es:

„Daß große Scharen von Zentrumsanhängern, insbesondere aus den sogenannten Bürger- und gebildeten Kreisen, der Partei angelockt der Vorgänge vor und nach dem 19. Juli, insbesondere angelockt der Tätigkeit des Abg. Erzberger, ökonomisch zu werden drohen, ist ja eine offensichtliche Tatsache! Diese Elemente könnten der Partei am leichtesten gerechnet werden, wenn sie sehen, daß sie mit führenden Zentrumselementen zusammen, in einer vaterländischen Organisation für ein Ziel arbeiten können, das auch das Ziel der offiziellen Partei ist.“

Lage darauf bringt das „Düsseldorfer Tageblatt“ die Zurechtweisung des Reichsausschusses, der dieses Zentrumsbild als Tummelplatz für die Agitation der Vaterlandspartei bezeichnet, an die Opfer erinnert, die die katholischen Arbeiter schon der Parteidisziplin (Zolltarif) gebracht hätten und auf die innerpolitischen Beweggründe der Freunde der Vaterlandspartei hinweist. Der Artikel schließt: „Namens zahlreicher Anhänger der Zentrumspartei rufe ich deshalb in letzter Stunde eine Warnung zu.“ Das „Düsseldorfer Tageblatt“ schreibt im Anschluß hieran, die Parteidisziplin dürfe nicht überhand genommen werden, wenn wir nicht einen Trümmerhaufen schaffen wollen.“

Auch der Verlauf der Provinzialtagung der westfälischen Zentrumspartei, die dieser Tage in größter Erregung ohne Abschluß auseinandergeht, zeigt, wie die Dinge stehen. Graf Galen, der Zentrumsgewählte, und Domkapitular Rosenberg, der Führer der deutsch-katholischen Abwehrbewegung gegen die französischen Katholiken Baudrillardscher Farbe, bekämpfen die Zentrumsführer Trimmer, Giesberts und Bader und schalten auf das gleiche Wahlrecht den Verständigungsfrieden.

## Rußland

### Für einen Sonderfrieden

Das Blatt des russischen Kriegsministers „Armia i Flot“ vom 18. Oktober berichtet aus Syran (Gouvernement Simbirsk): Aufständische Soldaten der Garnison Syran haben auf dem Meeting den Beschluß gefaßt: Der Friede wird innerhalb eines Monats geschlossen. Die Herstellung von Pulver wird eingestellt, das Heer wird demobilisiert und die Weiterführung des Krieges wird den Verhandlungsgenossen allein überlassen.

### Der Krieg als innerer Feind

M. I. B. Komofferski, 4. November. (P. I.-M.) Der Kongreß von örtlichen militärischen Vertretern beendete seine Arbeiten und nahm eine Entschließung an, in der es heißt, daß die Fortsetzung des Krieges nicht die innere Krise lösen und die unheilvolle Lage der Nation nicht bessern könne. Gleichzeitig bestimme sie die Zusammenberufung der verfassunggebenden Versammlung. Die Regierung solle es daher als dringende Aufgabe betrachten, den Krieg zu beenden und alle zu erlassen, die die republikanische Staatsordnung begünstigen.

### Offizielle Anerkennung für die deutsche Sozialdemokratie

Stockholm, 2. Nov. (Eig. Drahtbericht.) In der Stockholmer Ausgabe der „Nowaja Schijn“ schreibt ihr Korrespondent vom Würzburger Parteitag: Man mag die frühere Haltung der deutschen Parteimehrheit kritisieren, jedenfalls steht fest, daß sie in den letzten Monaten einen systematischen und energiegelassen Kampf für die Demokratisierung Deutschlands führt. Der das nicht anerkennt, kennt die Wirklichkeit nicht. „Nowaja Schijn“ protestiert auch gegen die Zensur des schwedischen Auswärtigen Amtes, die jetzt neben der Militärzensur tätig sei. Diese Zensur verhindere die Publizierung einer Meinungsäußerung über die Ernennung Maklows. Das Blatt veröffentlicht weiter Geheimpapiere über die Kooperation Rasbomows mit der englischen Regierung zur Erkundung der politischen Stimmung von über Archangelst heimkehrenden Emigranten. Die Rede Terestschentkos, welche die tatsächliche Stellung der Regierungspolitik durch den kaiserlichen Imperialismus verdeutlicht, rief lebhafteste Proteste bei den Sozialisten und Zeugnissen der gemäßigten Linken hervor. Es bereitet sich unweigerlich ein neuer Konflikt vor, wobei diesmal die von der Mehrheit des Zentral-Sowjets der Regierung entgegengesetzt wird.

## Spanien

### Das neue Kabinett

M. I. B. Madrid, 4. November. (Havas.) Das Kabinett steht sich wie folgt zusammen: Präsident und Minister des Inneren Garcia Prieto, Alcaraz hat aus privaten Gründen auf das Portefeuille des Inneren verzichtet. Inneres: Bahamonde. Finanzen: Bentaosa. Krieg: De la Cierva. Marine: Gimeno. Unterricht: Rodes. Des öffentlichen Unterrichts: Alcalá Zomora. Justiz: Fernandez Prieto.

## Japan

### Der Nisse Sieger

Peking, 6. November. (Reuter.) Der japanische Gesandte Hayashi teilte dem Minister des Auswärtigen mit, daß er und Vansing am 2. November ein Abkommen unterzeichnet haben, in dem die Vereinigten Staaten die besonderen Interessen Japans in China anerkennen und in dem die Vereinigten Staaten und Japan nochmals den Grundsatz der offenen Tür für China bestätigen.

## Kriegswirtschaft

189 806 Strafbefehle und 23 302 Urteile wegen Kriegsmisständen usw.

Wegen Zurechtweisung gegen Vorschriften zur Sicherstellung der Volksernährung sind in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 30. September 1917 nach einer amtlichen Zusammenstellung in Preußen 189 806 Strafbefehle und 23 302 Urteile erster Instanz ergangen. 189 806 von diesen Strafbefehlen sind ohne Urteil rechtskräftig geworden. Man nimmt an, daß das Anwendungsgebiet des Strafbefehls noch weiter wachsen wird. Die Höchstgrenze ist gerade deshalb beschränkt worden, weil die vom Bundesrat häufiger angeordneten Mindestgeldstrafen dazu führen, daß auf höhere Strafen als 150 Mark auch in Sachen erkannt werden muß, die sich zur Erledigung durch Strafbefehl eignen. Die Verwendung des Strafbefehls muß auch sonst zunehmen, nachdem er bei allen Vergehen zugelassen ist. Von den seit dem 1. Oktober 1916 gezählten Sachen waren am 30. September 1917 bei den Staatsanwaltschaften 76,8 v. H. der anhängig gewordenen Sachen erledigt, sei es durch Einstellung, Abgabe an den Amtsanwalt oder das Amtsgericht oder durch Strafkammeranträge. Bei den Amtsgerichten waren durch Strafbefehl oder erstinstanzliches Urteil 95,8 v. H. der Sachen erledigt.

### Gewinnreiche Profitfabrikation

Habag-Werte, Aktiengesellschaft Hannover-Linden (Hannoversche Profitfabrik).

Am 16. Oktober fand die ordentliche Generalversammlung statt, in der ein Aktienkapital von 265 000 Mk. vertreten war. Nach Abzug der gesetzlichen Rückstellung für die Kriegsteuer stellt sich der Reingewinn auf 209 233,62 Mk. Der Rücklage I wurden 8000 Mark, der Rücklage II 100 000 Mk. zugewiesen. Die zur Ausschüttung kommende Dividende von 12 Prozent ist sofort zahlbar. Die Gewinnanteile des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie deren Vergütungen belaufen sich auf 31 233,62 Mk. Für Unterstützungen wurden 25 000 Mk. bewilligt. Die günstige Finanzlage gestattete, die einzige auf dem Fabrikgrundstück noch ruhende Hypothek (30 000 Mk.) abzutragen. Zu den Ausblicken bemerkte Direktor Thiele u. a.: „Wie wir schon am Schluß unseres Geschäftsberichts zum Ausdruck brachten, wird das diesjährige Ergebnis in der Hauptsache von der Höhe der uns zugeleiteten Rohmaterialien abhängen. Unsere Meinung ist die, daß nach unserm Beschluß vom 30. September 1917 auch das laufende Geschäftsjahr befriedigend sein wird. Mit der Aufnahme der Tierfutterfabrikation glauben wir einen guten Griff getan zu haben. Das Brot läßt zurzeit einen angemessenen Nutzen. Auch sind wir augenblicklich wieder für die Reichsgewinnabgabe mit der Herstellung von Zwieback beschäftigt.“ Die Herstellung des täglichen Brotes macht sich also noch sehr gut bezahlt.

## Parteigenossen!

Das deutsche Proletariat hat in dieser Zeit weltgeschichtlicher Geschehnisse große Aufgaben zu erfüllen.

Inmitten des schrecklichen Weltbrandes, der Millionen von Menschenleben vernichtet und unübersehbare Wirtschaftsgüter zerstört, zeigt sich klar und deutlich die Unhaltbarkeit des bisherigen Regierungssystems in Deutschland.

Unsere Brüder und Söhne im Waffenrock leisten Unerhörtes an Tapferkeit und Opfermut. Das deutsche Volk erträgt mit bewundernswerter Ausdauer alle Nöte des Krieges. Jederzeit zum Frieden bereit, kämpft und duldet es, um die Heimat zu verteidigen, nicht um Eroberungen oder sonstige Beute zu machen. Wiederholt wurde das vor aller Welt bekundet; von den Sozialdemokraten seit Anbeginn des Krieges, von der deutschen Volksvertretung ganz unzweideutig durch die Entschließung vom 19. Juli 1917. Die Reichsregierung, die wiederholt ihre Bereitschaft zu Friedensverhandlungen ausgesprochen, hat sich in ihrer Antwort auf die Papstnote zu dieser Entschließung des Reichstages bekannt.

Die gegnerischen Regierungen wollen die Fortführung des Krieges; sie wissen, daß ihre Friedensziele nur nach der vollständigen Niederwerfung Deutschlands verwirklicht werden könnten.

Angesichts dieser Tatsache ist die Stellung der deutschen Sozialdemokratie gegeben. Der Würzburger Parteitag hat die bisherige Taktik der Sozialdemokratie gebilligt und auch die Forderungen gutgeheißen und zu den feintigen gemacht, die die parlamentarischen Vertreter der Partei im Kriege hinsichtlich der Demokratisierung aller unserer öffentlichen Einrichtungen aufgestellt haben.

Wir kämpfen jetzt in erster Linie für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen. Das ist die wichtigste Frage der deutschen Politik. Wir verlangen die Autonomie für Elsaß-Lothringen im Rahmen des Reiches. Der Belagerungszustand und die politische Zensur müssen beseitigt werden.

Die öffentlich-rechtliche Vertretung der Arbeiter-Interessen durch Arbeitsräte muß durchgeführt, das Koalitionsrecht muß sichergestellt werden.

Die ausreichende Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln ist die dringlichste Aufgabe. Der Lebensmittelwucher muß unmöglich gemacht werden. Erfüllt werden müssen die Forderungen nach auskömmlicher Hilfe für alle Notleidenden. Die Soldaten müssen vor jeglicher Willkür geschützt werden.

In allen diesen Fragen ist das klassenbewußte Proletariat einig. Wenn es trotzdem organisatorisch gespalten ist, so ist das in seinem eigenen Interesse zu beklagen. Nur wenn der Kampf in geschlossenen Reihen geführt wird, ist der Erfolg gewiß. Der Kampf, den die Sozialdemokratie zu führen hat, wird umso schwerer sein, wenn der Versuch gelingt, die gesamte Reaktion in der deutschen Vaterlandspartei zusammen zu schließen.

## Die deutsche Vaterlandspartei verlängert den Krieg durch

ihre Eroberungs- und Vergewaltigungspläne; sie will nichts wissen von einem Frieden der Verständigung; ihre bekanntesten Vertreter sind Gegner jedweder Demokratisierung. Sie wollen aufrechterhalten, was nach der Ueberzeugung aller Einsichtigen fallen muß: die Vorherrschaft der Geldmacht und die Privilegien der Geburt. Aus den Millionen und Abermillionen, die die Schwerindustrie als Kriegsgewinne einsteckt, wird die Reaktion gespeist, werden Zeitungen aufgekauft, die die öffentliche Meinung zugunsten der Junker und Schwerindustriellen beeinflussen. Der Kampf gegen die Vaterlandspartei, die behauptet, daß die Mehrheit des Volkes hinter ihr stehe, muß auf der ganzen Linie geführt werden. Es wird sich dann zeigen, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes den Verständigungsfrieden und die freiheitliche politische Entwicklung will. Wir fordern die Genossen auf, allerorts Versammlungen abzuhalten, um dem Volkswillen Ausdruck zu geben.

Wir schmerzt die wirtschaftlichen Kämpfe sein werden, die nach dem Krieg geführt werden müssen, liegt klar auf der Hand. Dort ein geeinigtes Unternehmertum, verbunden mit den Vorkämpfern der politischen Reaktion und unterstützt durch zahlreiche Behörden — hier die Arbeiterklasse im Bruderkampf. Auf diese ersten Tatsachen hat der Würzburger Parteitag mit aller Deutlichkeit hingewiesen und die notwendigen Schlussfolgerungen daraus gezogen. Mögen die Arbeiter erkennen, was für sie auf dem Spiele steht und mögen auch sie daraus die richtigen Nutzenwendungen ziehen!

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, alle Kräfte anzuspannen, um die Organisationen zu stärken und unsere Presse immer weitere Verbreitung zu sichern. Weit über die Reihen der industriellen Arbeiterklasse hinaus beobachten Millionen aus der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, die uns bisher fern standen, mit Spannung und Sympathie die politische Tätigkeit unserer Partei. Auch diese Kreise gilt es zu gewinnen und dauernd an die Partei zu fesseln.

Arbeiter! Parteigenossen! Seid Euch des ganzen Ernstes unserer Zeit bewußt!

Jetzt wird Deutschlands Zukunft geschmiedet und die Zukunft der Arbeiterklasse mit. Mit Geschick und Kraft müssen wir die Hämmer schwingen, wenn wir die Interessen des werktätigen Volkes wirksam vertreten wollen.

Parteigenossen! Ihr kennt die Bedeutung der Organisationen bei der Führung unserer Kämpfe und Ihr wißt, daß die Presse unsere beste Waffe ist im Kampfe für Frieden, Brot und gleiches Recht.

Seid pflichtbewußt!

Berlin, den 31. Oktober 1917.

### Der Parteivorstand:

Bartels, Braun, Ebert, Ernst, Juchacz, Meisenhauer, Müller, Pfannkuch, Scheidemann, Wels.

### Parteigenossen!

Der Parteivorstand hat sich konstituiert. Seine Adresse ist wie bisher:

Wilhelm Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Alle Geldsendungen sind nur an

Otto Braun, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

zu richten. (Postfachkonto Nr. 7918, Fr. Bartels, F. Ebert, O. Braun, Berlin, Lindenstraße 3 beim Postfachamt Berlin.)

Nach § 23 des Organisationsstatuts der Partei ist die Kontrollkommission zur Kontrolle des Parteivorstandes und als Beschwerde-Instanz eingesetzt. Alle Zuschriften an die Kontrollkommission sind an deren Vorsitzenden

Fr. Brühne, Frankfurt a. Main, Bleidenstraße 33

zu richten.

Die Bezirks- und Landesvorstände ersuchen wir gemäß § 20 des Organisationsstatuts, ungekündet die Wahl ihrer Vertreter im Partei-Ausschuß vorzunehmen und uns deren genaue Adresse, auch die des Stellvertreters, mitzuteilen.

Außerdem ersuchen wir die Landes-, Bezirks- und Wahlkreisorganisationen, die genauen Adressen ihrer Vorsitzenden und Kassierer nach erfolgter Wahl sofort mitzuteilen.

Berlin, 30. Oktober 1917.

Der Parteivorstand.

### Gegen die Einigung!

Nachdem sich schon die Presse der Unabhängigen schroff gegen die Würzburger Einigungsbeschlüsse ausgesprochen hatte, erklärt jetzt der Vorstand dieser abgespaltenen Partei-gruppe einen Aufruf, in dem er diese Ablehnung ausführlich begründet. Sehr hoffnungsreich klingen freilich die ersten Zeilen:

Auf dem von der Mehrheit des alten Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie nach Würzburg einberufenen Parteitag wurde in einer Resolution ausgesprochen, daß „für die kommenden schweren Kämpfe der Arbeiterklasse“ eine ungebrochene Front unbedingt notwendig sei. Es sei „eine der wichtigsten Aufgaben der Zeit, den Parteistreit beizulegen“.

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands hat die Notwendigkeit der Einigkeit der Arbeiterbewegung nie verkannt.

Leider ist aber der folgende Inhalt der langen Erklärung weiter nichts als eine Anklage, den Parteistreit weiter fortzuführen. Es werden die alten Anklagen gegen die Partei wiederholt zugleich mit der Versicherung, daß die Unabhängigen im Rahmen der Partei für ihre Anschauungen kämpfen wollten, daran aber gehindert worden seien. Dann heißt es weiter:

Jetzt kommt der Würzburger Parteitag und spricht von der Herstellung des Parteifriedens. In gleichem Atemzug aber billigt er alle gegen die Opposition verübten Gewalttaten und verlangt, daß auch nach einer vollständigen Einigung sich die Opposition selbst grundgesetzwidrigen Beschlüssen unterwerfen soll. Nach der bisherigen Praxis der Mehrheit des Parteivorstandes und der Fraktion bedeutet das unter dem Kriegszustand obendrein völligen Verzicht der Opposition auf Befundung einer selbstständigen Meinung vor der Öffentlichkeit. Der Würzburger Parteitag bietet also nicht einen Frieden der Verständigung, sondern einen Frieden der Unterwerfung.

Vereinigung ohne Verständigung ist selbstverständlich Unfug. Man hätte sich, wenn die Einigung nicht von der Unabhängigen abgelehnt worden wäre, auch über das per-



**Batterien,  
Taschenlampe  
Helius-Beucht**  
Brennstoff, Brenner, Gummil,  
Brennöl, Fahrradöl, Feuer-  
Räthmaschinen, Fahrräder in  
Auswahl billig.  
**Gustav Ehm**  
Fahrradgroßhandlung, 1. S.  
Nr. 22/23, Ecke Breitg.